Preis für München M. 1200,-, auswärts M. 1500,-

Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post im Juli M. 13 500,—, unter Streifband M. 23 000,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I nach aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstraße 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto: Fr. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Deutsche Handelsbank, A.-G., München, Herzog-Wilh.-Str. 33.

Streifbandbezugsgebühr für Juli im Ausland: Österreich Kr. 20 000,-, Ungarn Kr. 2000,-, Tschechoslowakei 10 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 3 sh., Jugoslawien 40 Dinare, Polen 2500 M. p., Italien 10 Lire, Holland 1 fl., Ver. Staat. 1/2 Dollar, Schweiz u. d. übr. d. Weltpostv. angeschl. Staat. 2 1/2 Schw. Fr.

Postsparkasse Wien, Konto 79921. Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. / Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 64563 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, an den Erlagschein erforderl.

140. Ausg., 37. Jahrg. — München (Freitag), den 13. Juli 1923 — Preis für München M. 1200,-, auswärts M. 1500,-

Der Skandal im Hofbräuamt

Die „treuen Waffenbrüder" des Zentrums

Der „Vorwärts" (Nr. 320) sieht weiße Mäuse und faselt von einer — Rebellion der katholischen Priester gegen den Papst und jammert — ganz in dem Ton der Bayer. Volkspartei: „Es scheint überhaupt in Mode zu kommen, daß katholische Geistliche den Nationalsozialisten Vorspanndienste leisten. In Ingolstadt hielt ein katholischer Pfarrer die Einweihungsrede für die Sturmfahne, und bei Schlageterfeiern schämen sich bestimmte Geistliche nicht, die Sabotage zu verherrlichen. Wenn man sich Christus daneben denkt oder den Friedenspapst! Das versteht das katholische Volk mit seinem Empfinden nicht, und die Liebe zur Kirche, Religion und Volk gebietet, dies öffentlich einmal zu brandmarken. Die Religion hat mit diesen nationalistischen Feiern und dem Irrwahn der Nationalbolschewisten gar nichts zu tun. Das heißt man den Kirchenmantel für heidnische Zwecke mißbrauchen. Es gibt keine schärferen Gegensätze als Christentum und gar Katholizismus (als internationale Friedensreligion) und Nationalsozialismus als Prinzip des Hasses und der Gewalt. Das heißt man den Götzen neben Christus stellen. Kardinal-Erzbischof Schulte von Köln hat erst dieser Tage wieder feierlich erklärt, daß der „maßlose verderbliche Nationalismus" die Ursache unseres Elends, daß aber das Programm der katholischen Kirche „Abbau des Hasses und Aufbau der Liebe" sei. Katholische Geistliche als nationalsozialistische Sturmtrupp-Prediger — so etwas ist nur in der „bayerischen Ordnungszelle" möglich, wo man unter der B.V.P. (Bayerische Volkspartei) einen eigenen, weißblauen Katholizismus heranzüchten möchte. Es wäre Zeit, daß die kirchlichen Stellen diesem Unfug ein Ende machen und die betreffenden Geistlichen in die Schranken ihrer katholischen Aufgaben weisen."

•

Der Jude Schiff also gegen unser „Heidentum" ist geradezu köstlich. Wir bringen diese Ausführungen der Schutztruppe der Judenbörse hiermit unseren geistlichen Parteigenossen zur Kenntnis. Sie werden sich das Ihrige über den Marxismus denken und auch über die — Bayerische Volkspartei.

Wieder ein Deutscher ermordet

tu. Oberhausen, 12. Juli. Aus amtlicher Quelle wird mitgeteilt: Am 8. Juli gegen 12 Uhr mittags kam der Bergmann Kruse von seinem Arbeitsplatz nach Hause. Vor seinem Wohnhaus an der Wehrstraße 9 wurde er von zwei französischen Posten — einem Unteroffizier und einem Soldaten — angehalten und nach dem Ausweis gefragt. Nachdem er den Ausweis übergeben hatte, wurde Kruse, obwohl er vor der Haustüre stand, der Eintritt in sein Haus verweigert und auf eine benachbarte Wiese geführt und, soweit festgestellt werden konnte, von den beiden Franzosen ohne Grund erschossen.

Aber bitte nicht dagegen zu „sabotieren"... Das verstößt gegen den „christlichen Moralkodex" der Bayer. Volkspartei.

Neue Besetzung durch die Franzosen

tu. Essen, 12. Juli. Die „Rheinischen Stahlwerke" in Duisburg-Meiderich sind erneut besetzt worden.

Ein halbes Jahr Räuberherrschaft

tu. Berlin, 12. Juli. Aus den bisher von deutscher halbamtlicher Seite veröffentlichten Ergebnissen des Ruhreinbruchs sei folgendes mitgeteilt:

Durch die französischen und belgischen Truppen wurden 93 Deutsche hingemordet, neun Deutsche wurden zum Tode verurteilt, Schlageter hingerichtet. Die Gesamthöhe der Freiheitsstrafen beträgt rund tausend Jahre, genau 967 Jahre, 7 Monate und 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit. Zwei Personen wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit verurteilt. Die Gesamthöhe der Geldstrafen beträgt 1,64 Billionen Mark und 108 069 Franken. Von Haus und Hof vertrieben wurden 75 714 Personen. Im besetzten und im Einbruchsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Klassen für 50 000 Schüler und Schülerinnen beschlagnahmt.

Der sachliche Erfolg des französisch-belgischen Ruhreinbruches ist kläglich: In der Zeit vom 11. Januar bis 30. Juni sind von Frankreich und Belgien insgesamt 478 700 Tonnen Kohle und 550 200 Tonnen Koks, zusammen 993 909 Tonnen abgefahren worden. Im Monat Dezember 1922 aber betrugen die deutschen Lieferungen aus dem Ruhrgebiet 677 425 Tonnen Kohle und 531 310 Tonnen Koks, zusammen 1 208 735 Tonnen. Im Januar 1923 bis zum Ruhreinbruch, das sind also zehn Tage, wurden von Deutschland geliefert 214 373 Tonnen Kohle und 196 647 Tonnen Koks, zusammen 410 120 Tonnen, demnach nicht ganz die Hälfte der in sechs Monaten von den Franzosen geraubten Mengen Kohlen und Koks.

Nationalsozialisten! — Deutsche! — Antisemiten!

Samstag, den 14. Juli 1923

und

Montag, den 16. Juli 1923

finden aus Anlaß des Deutschen Turnfestes

zwei

Riesenversammlungen

im Zirkusgebäude auf dem Marsfelde

statt. — In beiden Versammlungen wird sprechen unser Führer

Adolf Hitler

am Samstag, 14. Juli 1923, über:

„Der Fluch der Novemberrevolution"

am Montag, 16. Juli 1923, über:

„Internationale Sklavenkolonie oder deutscher Freiheitsstaat"

Außerdem werden sprechen die Führer unserer Bewegung in der Tschechoslowakei und Deutschösterreich, die Parteigenossen **Dr. Walter Riehl, Knirsch, Jung, Patzel, Simm, Prodinger, Koller** und andere.

Mitwirkung der Regimentsmusikkapelle Peuppus

Beginn der Versammlungen 10 Uhr vormittags

Kassaeröffnung 9 Uhr vormittags. — Eintritt zur Deckung der Unkosten M. 1000,—. Kriegsbeschädigte frei. — Juden haben keinen Zutritt.

Deutsche Volksgenossen, gestaltet die beiden Versammlungen durch Massenbesuch zu gewaltigen Kundgebungen!

Einberufer für die Parteileitung: **Weber.**

F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Das Treiben der rheinischen Hochverräter

tu. Berlin, 12. Juli. Dem „Vorwärts" wird aus Münster berichtet: Von einer über die französischen Pläne unterrichteten Persönlichkeit wird über die Vorbereitungen für die Rheinische Republik mitgeteilt: Ende Juni bzw. Anfang Juli fand eine Zentralratssitzung der Anhänger der Rheinischen Republik und bekannter französischer Persönlichkeiten in Köln statt. Die Sitzung befaßte sich mit der Ruhraktion. Smeets sagte wörtlich: „Nun wollen wir mal unseren Antrag der französischen Regierung unterbreiten. Hoffentlich tritt sie unserer Anschauung bei." Smeets ist in der Sitzung für rücksichtslose Besetzung des Ruhrgebiets eingetreten, ebenso für rücksichtslose Ausweisung der Spitzen der Behörden sowie von vermögenden Beamten, da er selbst nicht annahm, sie würden eher französische Dienste tun, als Haus und Heim zu verlassen. Ferner trat Smeets für die rücksichtslose Beschlagnahme aller Gelder ein. Später hat er in Koblenz mit Tirard längere Verhandlungen darüber gepflogen. Es wurde auch der Plan eines neuen französischen Gewaltaktes erörtert, in dem ein besonders barbarisches Vorgehen vorgesehen ist, um die geplanten Ausweisungen durchführen zu können. Ebenso sind zahlreiche rigorose Maßnahmen der Franzosen (wie die Bahnsperre) in erster Linie auf Antrag der Smeetsleute in Köln zurückzuführen. Smeets tritt gegenüber Dorten als der weit Gefährlichere auf, da Dorten nur theoretisch arbeitet, während Smeets alle Pläne in die Wirklichkeit umsetzt. Hierfür werden ihm dauernd große französische Geldmittel zur Verfügung gestellt.

*

Was sagt — Dr. Heim zu allem?

Belgiens Ruhrpolitik

tu. Brüssel, 12. Juli. Nach einer Rede des Antwerpener Senators Lebon, der die Besetzung der Ruhr bekämpfte, ergriff in der Senatssitzung Jaspar das Wort, um „die Umtriebe der katholischen Kreise gegen die Ruhrpolitik zu brandmarken". Er und nach ihm Theunis betonten, daß die belgische Regierung sich der Schwierigkeiten bewußt gewesen sei, die mit der Besetzung neuen deutschen Gebiets kommen mußten. Jaspar sagte auch, er habe den passiven deutschen Widerstand vorausgesehen. Man dürfe jetzt nicht die Uneinigkeit vor dem Feinde propagieren. An dem Tage, an dem die Regierung ihre Aufgabe beendet habe, werde sie Rechenschaft ablegen.

Heim lernt von den Juden

„In eigener Sache" schreibt Dr. Heim im „Bayerischen Bauernblatt" (1923, Nr. 20/21) einen langen Sermon, durch den er „seinen" Bauern begreiflich zu machen versucht, warum er im Aufsichtsrat der Judenbank „Deutsche Bank" sitzt. Er schreibt: „Ich bin im vorigen Jahr als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank gewählt worden. Politische Gegner benützen dies seit fast Jahresfrist, um mir persönlich am Zeug zu flicken, mich als Großkapitalisten, als Judenknecht und noch mit anderen Ausdrücken zu schmähen. Ich habe nur bisher dazu geschwiegen.

Wenn ich heute darauf antworte, so tue ich es nur den Bauernvereinsmitgliedern gegenüber (ach! wie rührend fürsorglich! D. Red.), **nicht zu meiner Rechtfertigung** (oh, wie bescheiden! D. Red.), **sondern damit sie sehen und klar erkennen, welch frechen Verleumdungen und Beschuldigungen der Leiter einer großen Organisation ausgesetzt ist.** (Der sich in die Gesellschaft der größten Feinde des Bauernstandes, der Juden, begeben und denselben sich also verschrieben hat. D. Schriftltg.)

Darauf schildert Dr. Heim den Sachverhalt. Bis zum 31. Dezember 1921 hat die von ihm geleitete landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft der Bayer. Bauernvereine, e. G. m. b. H., in Regensburg nie einen Bankkredit in Anspruch genommen. Das änderte sich bei ihr, wie allen anderen Genossenschaften im Jahre 1922. Der ungebändigte Judenwucher, den Dr. Heim mit Geldentwertung, Steigen des Dollars und Sinken der Mark umschreibt, bedingte immer größere Summen an Zahlungsmitteln. Diese hatte auch seine Genossenschaft nicht mehr, weshalb er Ende 1921 bei einer bayerischen Bank wegen Kredits für seine Genossenschaft Verhandlungen pflog.

Die bayerische Bank konnte aber den entsprechend hohen Kredit nicht gewähren. (Das ist interessant. Die bayerische Bank, vermutlich die unter dem Betreiben Dr. Heims zu einer Großbank fusionierte Bayerische Vereins- und Handelsbank, war also nicht in der Lage, einer bayerischen landwirtschaftlichen Genossenschaft den entsprechenden Kredit einzuräumen.) Das ist ein Beweis dafür, daß wir dem von den Juden gewollten wirtschaftlichen Zentralismus restlos überliefert sind.

Dr. Heim zieht aber daraus als „Führer" der Bayerischen Volkspartei keineswegs die richtigen Folgen. Er redet nur von einem bayerischen kulturellen und politischen Föderalismus und stützt den wirtschaftlichen Zentralismus. Deshalb wendete er sich an die größte Bank Deutschlands, an die Judenbank „Deutsche Bank", die ihm den nötigen Kredit für seine Genossenschaft gewährte (daß es sich um einen Kredit von etwa 2 Milliarden zu etwa 50 Prozent Zins, einschließlich Provisionen, handelte, sagt Dr. Heim wohlweislich nicht, weil dann doch „seine" Bauern an diesem Judenwucher etwas stutzig werden könnten. D. Schriftltg.). Derzeit schuldet seine Genossenschaft der Judenbank keinen Heller mehr. (Abwarten, wie lange das dauert. D. Schriftltg.)

Dr. Heim wirft sich dann noch zum Verteidiger der Judenbank „Deutsche Bank" auf, indem er weiter sagt: „Die Behauptung, daß die Deutsche Bank eine Judenbank sei, ist blöder Antisemitismus, ist eine Lüge, denn der weitaus größte Teil sowohl der Herren der Direktion, wie der Herren des Aufsichtsrates sind Christen. Als wenn es auf die Zahl der Personen ankäme. Es kommt doch auf die Summe der vertretenen Aktien an, die in einer Hand sind. Und wer davon die meisten hat, gibt den Ton an. Und das ist auch bei der „Deutschen Bank" der Jude. Die „Christen" braucht der Jude ja nur zur Bemäntelung. D. Schriftltg.

Und diejenigen jüdischen Herren, die der Verwaltung angehören, habe ich als hochachtbare, sachlich arbeitende Männer und Sachkundige (wie das produktiv arbeitende Volk um seinen Arbeitsertrag sachlich geprellt werden kann, was nicht bezweifelt wird. D. R.) kennen gelernt, neben denen zu arbeiten, von denen zu lernen, **ich mich nicht schäme.**

Es hat noch niemand bezweifelt und Dr. Heim bestätigt es nun selbst, daß er sich nicht schämt, neben dem Juden zu lernen und von dem Juden zu lernen. Es stimmt zu dem Bilde, das sich deutsche Männer schon längst von Dr. Heim gemacht haben. Es ist noch gar nicht so lange her, da galt bei den Bauern das Wort: „Der Bauer ist bankrott, da schaut der Jude zum Fenster heraus.“ Und jetzt arbeitet der „Bauernführer“, der sich so gerne Bauerndoktor nennen hört und von sich selbst sagt, daß er ein kleiner König in seinem Reich ist, mit den Juden und schämt sich nicht, von den Juden zu lernen. Wir werden Dr. Heims Lerneifer bei den Juden im Auge behalten, möchten nur bemerken, daß der Direktor der Deutschen Bank, Oskar Wassermann, auf der Rheinischen Tagung für den Palästina-Grundfonds (Keren-Hajessod) erklärte, alle anderen Rücksichten hätten hier zurückzutreten, um dieses Ziel, die alljüdische Weltanleihe, zu ermöglichen. In noch umfassenderem Sinne als ehemals die Alliance Israélite Universelle sollten alle Juden gesammelt werden ... Diese fanatische Judenrede wurde am Jahrestage der Reichsgründung, am 18. Januar 1923, unter verständnisvoller Assistenz zahlreicher „deutscher“ Staatsbürger abgehalten! Die Rede selbst wurde von den Juden als Flugblatt verteilt.

Dr. Heim hat also Ursache, sich „nicht zu schämen“ vor den „hochachtbaren, sachlichen“ Hebräern ...

Wohl aber Bayern und das ganze Deutschland ...

Zum Problem von Deutschlands Versklavung

Zu der heutigen englischen Regierungserklärung

tu. **London**, 12. Juli. Auch hier wird die Spannung immer fühlbarer, je mehr sich die Stunde der englischen Regierungserklärung nähert. Das englische Parlament trat auch gestern zusammen, um die letzte Feile an die Regierungserklärung anzulegen, und es diskutierte dabei auch den voraussichtlichen weiteren Verlauf der Aktien. Wie man zuverlässig vernimmt, wird sich die Erklärung in gemäßigter Sprache bewegen und die Gründe darlegen, die England zu seiner neuen Politik bewegen. Die Erklärung wird sich Frankreich gegenüber äußerst höflich, aber klar und bestimmt halten und die Notwendigkeit für England feststellen, jetzt eine feste Linie zu beschreiten. Ferner wird Deutschland in der Erklärung der Rat erteilt werden, den passiven Widerstand zu beenden und die „Sabotageakte“ zu unterdrücken, wofür ihm England versprechen würde, es bei der Erstrebung besserer Bedingungen zu unterstützen. Also neue Leimruten ausgelegt.

*

tu. **Paris**, 12. Juli. Das Pariser „Journal“ bringt Einzelheiten einer Unterredung seines Londoner Vertreters mit einem hervorragenden Diplomaten. Dieser erklärte, daß Baldwin in klarer und entschiedener Weise seinen Standpunkt zum Ausdruck bringen werde. Ohne Zweifel werde Baldwin Frankreich auffordern, sich Rechenschaft abzulegen, ob die ihm zustehenden Reparationen nicht auf eine andere Weise erlangt werden können. Gleichfalls sei anzunehmen, daß die englische Regierung Deutschland bedeuten werde, nicht nur den aktiven, sondern auch den passiven Widerstand einzustellen. Auf diese Weise sei es ihr möglich, bei Frankreich anzufragen, unter welchen Bedingungen das Pariser Kabinett gewillt sei, der Ruhrbesetzung eine mildere Form zu geben. Die Absicht dieser Meldung des „Journals“ ist natürlich die, noch in letzter Stunde dadurch die Londoner Entschlüsse zu beeinflussen

Die Kriegsbefürchtungen der engl. Gewerkschaften

tu. **London**, 12. Juli. **Ben Tillott**, ein bekannter Arbeiterführer und Mitglied des Unterhauses, gab gestern in einer Aussprache im Transportarbeiterverband der englischen öffentlichen Meinung beredten Ausdruck. Er verlangte, daß der Ministerpräsident unterstützt werde. Man müsse einen neuen Krieg verhüten, Deutschland und Frankreich retten. Er sei überzeugt, daß nur ein Krieg oder die Drohung mit einem solchen Frankreich aus Deutschland entfernen würde. Die englischen Arbeiter müßten ihrer Verantwortung eingedenk sein und in unmißverständlicher Weise erklären, daß es keinen neuen Krieg geben dürfe. Sie müßten allen Einfluß auf die deutschen und französischen Arbeiter aufbieten, um diese zu gemeinschaftlicher Front gegen die Kriegstreibereien zu veranlassen.

Amerika auf dem Wege zum Weltsyndikat

tu. **Paris**, 12. Juli. Aus Washington meldet der „New York Herald“: Die amerikanische Regierung sei entschlossen, die englische Politik, wie sie Baldwin im Unterhaus darlegen dürfte, voll zu unterstützen. Falls Baldwin die Einberufung eines internationalen Ausschusses zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit vorschlagen sollte, werde Amerika auf eine offizielle Beteiligung an den Arbeiten des Komitees verzichten müssen, weil der Kongreß, ohne dem eine Entscheidung nicht getroffen werden könne, zur Zeit in Ferien sei. Staatssekretär Hughes werde jedoch die Bereitwilligkeit des amerikanischen Volkes betonen, das an sich bereit sei, die Arbeiten dieses Komitees zu unterstützen durch Entsendung eines nichtoffiziellen Delegierten.

*

Die „Fr. Ztg.“ **bemerkte kürzlich**, Amerika warte, bis Europa in seiner eigenen Soße gar geworden sei. Jetzt scheint es so weit zu sein.

Benesch in London

tu. **London**, 12. Juli. Der tschechische Außenminister Dr. Benesch frühstückte am Mittwoch bei Lord Curzon. Er weilt in London hauptsächlich zu dem Zweck, die Besprechungen über die Auslegung der tschechischen Nationalanleihe zu vervollständigen, aber zweifellos hat er auch die Absicht, die Rolle des Friedensstifters zwischen England und Frankreich zu spielen. Man glaubt hier aber, daß er zu spät kommt, um in den Verlauf der Dinge seinerseits noch eingreifen zu können.

Frankreich und das Washingtoner Abkommen

tu. **Paris**, 12. Juli. Der französische Senat nahm gestern mit 24 Stimmen Mehrheit die Ratifikation des Washingtoner Vertrags über die Rüstungseinschränkungen zur See an.

Verletzung des span. Handelsvertrages durch Frankreich

tu. **Madrid**, 12. Juli. In der gestrigen Parlamentssitzung beantwortete Außenminister Alaba die Interpellation bezüglich der ständigen Verletzung der Handelsverträge durch Frankreich. Der Minister erklärte, die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln die Interessen des Landes zu wahren.

Vor dem Orientfrieden

tu. **London**, 12. Juli. Im Unterhause erklärte gestern Staatssekretär Mac Neill auf Anfragen über die Lausanner Ergebnisse, die heutige Situation sei die, daß die seit dem vorigen Samstag abgehaltenen halboffiziellen Besprechungen eine prinzipielle Einigung zwischen den einladenden Mächten und der Türkei erreicht hätten. Die Sachverständigen würden sich nunmehr damit beschäftigen, den endgültigen Entwurf für den Friedensvertrag festzusetzen und ehe nicht dieser Entwurf von der Vollkonferenz angenommen, alle noch außenstehenden Fragen erledigt und alle Arbeiten beendet seien, sei er nicht in der Lage, positive Angaben über das Datum der Vertragsunterzeichnung und des Beginnes der Räumung von Konstantinopel zu machen.

60 Personen in London an Hitzschlag gestorben

tu. **London**, 12. Juli. Gestern, am bisher heißesten Tage des Jahres, starben in London 60 Personen an Hitzschlag.

„Deutsches“ Reich

Das Defizit in der Reichskasse

tu. **Berlin**, 12. Juli. In der letzten Juni-Dekade betrugen die Einnahmen des Reiches 155 Milliarden, hingegen die Ausgaben 7,8 Billionen Mark. Infolgedessen erhöhte sich die schwebende Schuld um 7,6 auf 22 Billionen. Nur zwei Prozent der Ausgaben sind durch Einnahmen gedeckt.

Zur „Stützung“ der Mark

tu. **Berlin**, 12. Juli. Nach der „B. Z. am Mittag“ hat gestern im Finanzministerium eine Besprechung stattgefunden, in der besonders die deutschen Währungsverhältnisse zur Sprache kamen. Es wurde eine ganze Reihe von neuen Maßnahmen zur Stützung der Mark beschlossen, die bereits in nächster Zeit zur Ausführung kommen sollen. Es soll sich hierbei nicht um neue Verordnungen, sondern um eine technische Ausgestaltung auf der Basis bereits bestehender Verordnungen handeln.

Zur Parchimer Mordaffäre

tu. **Leipzig**, 12. Juli. In der Parchimer Mordaffäre hat der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig die Voruntersuchung erörtert. Das Verfahren richtet sich gegen 12 Angeschuldigte.

Ende des Metallarbeiterstreiks

tu. **Berlin**, 12. Juli. Wie der Deutsche Metallarbeiterverband nach Mitternacht mitteilt, hat die gestrige Urabstimmung keine zur Fortführung des Streiks ausreichende Mehrheit ergeben. Infolgedessen hat das Metallarbeiterkartell beschlossen, die Arbeit in den Betrieben morgen Freitag wieder aufnehmen zu lassen.

Die Verhältnisse im Sowjetstaat Sachsen

tu. **Dresden**, 12. Juli. Der sächsische Landtag nahm gestern in zweiter Lesung die neue Gemeindeordnung, die nach sozialistisch-kommunistischen Grundsätzen abgefaßt ist, an. Sämtliche bürgerlichen Anträge wurden abgelehnt, auch der Einwand gegen jene Bestimmung der Vorlage, wonach Personen unter Polizeiaufsicht zu Gemeindevertretern und Bürgermeistern gewählt werden können. Auch die Proteste der bürgerlichen Parteien gegen die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten wurden abgewiesen. Die bürgerlichen Parteien werden dagegen die Reichsregierung und das Reichsgericht anrufen.

tu. **Berlin**, 12. Juli. Die Interpellation der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei über die Zustände im Freistaat Sachsen lautet: Im Freistaat Sachsen haben sich in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung Zustände entwickelt, die zu ernster Besorgnis Anlaß geben. Die von der Landesregierung befolgte Methode läßt eine vollkommen einseitige Stellungnahme zugunsten einer Bevölkerungsschicht erkennen. Das nichtsozialistische Bürgertum wird systematisch in seinen staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt. Nur die Anhänger der sozialistischen und kommunistischen Weltanschauung werden als vollwertige Staatsbürger behandelt. Verschiedene Anordnungen der Landesregierungen stehen nicht im Einklang mit dem Geiste der Reichsverfassung. In außenpolitischer Hinsicht stellt die in der breiten Öffentlichkeit eingenommene Haltung der sächsischen Landesregierung eine Gefährdung der Einheitsfront gegenüber dem völkerrechtswidrigen Vorgehen der Franzosen und Belgier dar und schwächt damit unmittelbar unsere Abwehr gegenüber den Einbruchsmächten. Ist die Reichsregierung gewillt, die sächsische Landesregierung zu veranlassen, den Freistaat Sachsen nach den in der Reichsverfassung niedergelegten Grundsätzen zu verwalten?

Aus dem Saargebiet

tu. **Köln**, 12. Juli. **Das Ergebnis der am Sonntag in Saarbrücken stattgefundenen Neuwahlen zum Gemeinderat und Kreistag liegt jetzt vor.** Danach erhielten das Zentrum 19, die Sozialdemokraten 13, die Liberale Volkspartei 11, die Demokraten 4, die Deutschnationalen 3, die Kommunisten 4, die Vereinigung des Grund- und Hausbesitzes 6 Sitze.

Ostpreußen, Ruhr und Rhein

tu. **Berlin**, 12. Juli. Bei der Feier des dritten Jahrestages der ostpreußischen Abstimmung, die der Bund heimattreuer Ostpreußen gestern abend im Landtagsgebäude veranstaltete, hielt der preußische Ministerpräsident **Braun** eine Ansprache, in der er unter anderem sagte:

Er glaube, daß von keinem anderen Teile Deutschlands die Tragödie von Rhein und Ruhr so gefühlt werden kann, wie von Ostpreußen. Das könne letzten Endes doch nur der, der selbst den Feind im Lande gesehen hat, der selbst in ohnmächtigem Zorn davonwandern, und seinen von Großvater und Urgroßvater schon bebauten Boden, das Haus seiner Jugenderinnerungen und die Gräber seiner Lieben unter dem feindlichen Terror verlassen mußte. Wir alle brauchen in diesen unendlich schweren Tagen nicht nur nationale Begeisterung und restlose, opferfreudige Hingabe an das Volksganze, sondern vor allem vollständige Zuversicht. Wo können wir uns diese aber besser holen, als wenn wir uns an das Beispiel Ostpreußens halten? Das ist die Lehre, die wir heute alle brauchen: nicht lauer und nicht schwächer werden im Unglück, sondern stärker, ausharrend und zuversichtlich!

Schade, daß die „preußische“ Regierung sich an Ostpreußen **kein** Beispiel nimmt, sondern an „Sachsen“.

Um den wertbeständigen Lohn

(Schluß.)

Die Ernüchterung, welche allmählich bei Bearbeitung des heute unlöslich scheinenden Problems „Goldlohn“ Platz gegriffen hat, äußert sich in Arbeitseinstellungen und kopflosen Zwangsmaßnahmen. Und das neue Schlagwort muß schließlich sogar zu politischer Propagandatätigkeit der Gewerkschaften gut genug sein.

Zwischen den beiden Extremen der von rechts und linksaußen verfochtenen Forderungen schiebt sich abkühlend und beruhigend die wirtschaftspolitische Notlage, das gegenwärtige nationalwirtschaftliche Chaos.

Vorschußwesen, Nachschußsystem, Inderlohn, gleitende Lohnskala, beweglicher Lohnzuschlag sind letzterdings nichts anderes als eine Nomenklatur theoretischer Hilflosigkeit gegenüber dem eisernen Griff der Wirtschaftsnot.

Eine vernünftige Lohnpolitik, die zwischen den unsinnigen Überforderungen eines rechts- und linksorientierten Parteiegoismus die goldene Mitte hält, heißt heute nur noch: Leben und leben lassen!

Es gibt keine Möglichkeit, irgendein neues Gehalts- oder Lohnsystem zu erfinden, das auch nur das früher so kategorisch geforderte „Existenzminimum“ abdecken könnte. Wir guten Deutschen leisten uns längst den Luxus eines „Existenzminimums“ nicht mehr.

Erbauliches von anno 48

Von Dr. K. **Hoffmann.**

Eine eingehende geschichtliche Darstellung des Anteils der Juden an der deutschen Revolution des Jahres 1848 ist meines Wissens noch nicht in die Öffentlichkeit gelangt; und doch erscheint mir ein solches, auf einwandfreien Quellen beruhendes Buch äußerst notwendig und lehrreich für jene, die noch immer zweifelnd dem Kampf gegen den jüdischen Einfluß auf die Geschicke unseres Vaterlandes gegenüberstehen, da ihnen gerade bezüglich der politischen Geschichte die jüdischen Ziele in ihrer ganzen eisernen Folgerichtigkeit noch nicht wissenschaftlich unanfechtbar und lückenlos nachgewiesen zu sein scheinen.

Welch wichtige Etappe im Kampf um diese Ziele gerade die 48er Bewegung darstellt, wurde bisher viel zu wenig beachtet; wohl weiß man im allgemeinen, daß sie den Juden die Emanzipation beschert hat — am 5. Febr. 1849 zog, „durch die Rührigkeit seiner Leute“ mit einer halben Stimme Mehrheit gewählt, Dr. Morgenstern aus Fürth als erster Jude in der bayerischen Abgeordnetenkammer ein —, aber nur wenigen dürfte bekannt sein, daß die Radikalisierung der an sich durchaus berechtigten Bewegung, die Hereintragung marxistischer Ideen schon damals in der Hauptsache auf Rechnung jüdischer Macher zu setzen ist.

Es wäre eine verdienstvolle Arbeit, das hierüber in allen Archiven Deutschlands zerstreut und oft recht versteckt liegende Material zu sammeln und zu sichten; eine Fülle überraschender und überzeugender Tatsachen würde sich daraus ergeben. Aber gerade diese Sammelarbeit beansprucht mehr Zeit und Kraft, als ein einzelner aufzubringen vermag; der Zusammenarbeit vieler könnte es jedoch gelingen, dem völkischen Schrifttum damit ein neues Kampfmittel zu liefern, das für das tiefere Verständnis und die richtige Würdigung der sechs Jahrzehnte später eingetretenen Ereignisse nicht hoch genug eingeschätzt werden könnte. Sicherlich würde sich der „Völkische Beobachter“ gern als vorläufige Sammelmappe für die einzelnen Forschungsergebnisse zur Verfügung stellen.

Es sei mir gestattet, schon jetzt einige Beiträge zu bringen, die sich mir — ganz ungesucht — aus dem Quellenstudium für eine größere wissenschaftliche Arbeit ergeben haben.

Die linksradikale Presse in Bayern.

Immer wieder finden wir in der liberalen und konservativen bayerischen Presse jener Jahre die Klage über die große Zahl jüdischer Journalisten, in deren Händen „die wütendsten und giftigsten Blätter zum großen Teil“ seien; gerade die streng katholischen Zeitungen weisen warnend darauf hin, daß die demokratischen Journalisten, „die verkommensten Subjekte, die auf nichts anderes als auf Verwirrung und Umsturz zu spekulieren wissen“, fast ausschließlich Juden sind, „deren spiritus principalis ein grimmiger Haß gegen das Christentum und alles Christliche ist“ (Historisch politische Blätter 24, 1). Selbst im Unterhaltungsteil der Linkspresse nehmen jüdische, z. T. schon gestorbene Revolutionsschriftsteller, wie Börne, Heine, Saphir, den größten Raum in Anspruch; des letzteren aufreizendes Gedicht „Der Proletar“ kehrt besonders häufig wieder.

Daß diese Presse „größtenteils von Juden unterhalten“ wird, bestätigt auch ein von der Regierung eingeforderter Bericht des Münchener Bürgermeisters über die Gesinnung der Bevölkerung (10. Sept. 1849); er bemerkt dabei: „Was die Juden betrifft, so werden diese aus finanziellen Gründen immer wieder bei der Hand sehn, wenn ein Gewinn herausschaut, gleichviel, ob sie emanzipiert werden oder nicht.“ Damals waren freilich schon die meisten der pilzartig in Bayerns Hauptstadt aufgeschossenen Hetzblätter wieder eingegangen, so der „Vorwärts“, dessen Herausgeber, die jüdischen Brüder Sensberg, im Mai 1849 das Weite suchten, nachdem sie als angebliche Studenten unter der Münchener Studentenschaft für die gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung agitiert hatten. In Augsburg gab der Bamberger Jude Kronacher unter falschem Namen verschiedene, „der politischen Erziehung der Arbeiter“ dienenden Kreuzerblättchen übelster Sorte heraus, in Neustadt a. H. ist D. J. Löwenthal der verantwortliche Leiter des blutroten Struveschen Revolutionsblattes, kurz überall finden wir die Bestätigung dessen, was auch die Flugblätter der deutschen Nationalversammlung im November 1848 über die Zeitungspresse sagen: sie sei in die Hände eines literarischen Proletariats geraten, zu dem das Judentum ein erhebliches Kontingent gestellt habe und in welchem viel Anmaßung, viel Federfertigkeit, aber wenig solide Kenntnis und von Gesinnung und Charakter keine Spur zu finden sei.

Der Haß gegen die Monarchie zeitigte schon damals die prächtigsten Blüten jüdischer „Dichtkunst“; so richtete ein gewisser Levisohn an den König von Preußen die freundlichen Worte:

„Du darfst nicht länger atmen mehr,
Pest bringt dein Hauch, er weht Verderben,
Verworfener! Ha, du mußt sterben!“

Er wurde dafür zwar zu einjähriger Festungsstrafe verurteilt, aber die Judenschutztruppe war offenbar schon damals recht gut organisiert: noch ehe er seine Strafe antrat, wurde er durch seine republikanischen Freunde zum Abgeordneten nach Frankfurt gewählt und konnte dank seiner Immunität dort ungehindert sein Gift weiterspritzen. Es liegt nahe anzunehmen, daß dieser Edeljude mit zu denen gehörte, die durch maßlose Verhetzung den Boden für die feige Ermordung der rechtsstehenden Parlamentsmitglieder Graf Auerswald und Fürst Lichnowsky am 18. Sept. 1848 bereiteten; kurz darauf ließ der jüdische Literat Wolf in einer Volksversammlung in Köln den Mördern dieser beiden ausgezeichneten Deutschen ein Hoch ausbringen!

Die getaufte Journaille.

Der jüdische Einfluß beschränkte sich damals, genau wie heute, keineswegs auf die linksradikale Partei, wenn er auch zweifellos bei dieser am deutlichsten hervortrat; wir finden zugewanderte Juden auch als Leiter liberaler Zeitungen, wie des „Nürnberger Korrespondenten“ und der „Neuen Würzburger Zeitung“, ja selbst in der konservativen und ultramontanen Partei und Presse spielen getaufte Juden eine mitunter sogar führende Rolle (Würzburger Journal, Volksbote).

Eine besonders typische jüdische Journaille ist der aus dem Rheinland zugewanderte E. Zander, der zunächst Protestant wurde, um, wie es in einem zeitgenössischen Bericht über ihn heißt, „als besoldeter Sklave des ehemaligen Königs von Hannover durch seine feile Feder die Gewaltstreiche desselben zu bemänteln und die Menge irrezuleiten durch seine schlechten, von Lügen strotzenden Phrasen“. Als der König diesen Ehrenmann nicht mehr kräftig genug mit Geld unterstützte, um seinem „moralisch berüchtigten Lebenswandel“ zu genügen, wurde er katholisch und verkaufte seine Feder in dem bekannten Kölner Kirchenstreit der katholischen Geistlichkeit und schrieb gegen den König von Preußen; seine Unflätigkeiten gegen diesen setzte er dann auch als Redakteur der „Neuen Würzburger Zeitung“ in einer Weise fort, daß 1838 König Ludwig auf wiederholte Beschwerde der preußischen Gesandtschaft in München gegen ihn einschreiten mußte. Im April 1848 gründete er in München den rechtsradikalen „Volksboten für den Bürger und Landmann“, den er mit geradezu erstaunlichem Geschick durch Spekulation auf die natürlichen Instinkte der altbayerischen Bauern und mit Hilfe der Geistlichkeit zu einem der meistgelesenen und einflußreichsten Blätter zu machen verstand. In der Wahl seiner Mittel und Sprache entwickelte er ein so weites Gewissen,

Über diese Tatsachen täuschen auch die letzten Meldungen nicht hinweg, welche anscheinend als Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks und seiner segensreichen Wirkungen serviert werden:

Berlin. Wie mitgeteilt wird, beginnen am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Schaffung wertbeständiger Löhne im Bergbau. Bei diesen Verhandlungen wird man sich im wesentlichen auf die Wertbeständigkeitsvereinbarung über die Löhne der Berliner Metallarbeiter stützen.

Berlin. Zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Berliner Stadtgüter G. m. b. H. ist mit Bezug auf die Entlohnung der Gutsarbeiter vereinbart worden, daß vom 2. Juli ab wertbeständige Löhne auf der Roggengrundlage eingeführt werden. Als Stundenlohn wird für jede Kategorie Arbeiter eine bestimmte Roggenmenge festgesetzt, die nicht in Natura, sondern in Barentlohnung zur Auszahlung gelangt. Der Wert des Roggens wird bestimmt nach dem wöchentlichen Durchschnitt der täglichen Börsenhöchstnotiz in der Arbeitswoche.

Solange man allerdings des beseligenden Glaubens ist, daß die erhöhte Tätigkeit der Notenpresse (wie wir oben ausführten) allein genüge, um eine Verbesserung des Festeinkommens zu erzielen — und darauf läuft letzten Endes eben doch die „Barentlohnung“ der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter hinaus — ist jede weitere Erörterung in Sachen Wertbeständigkeit wieder auf dem Ausgangspunkt des Problems angelangt.

Die Diskreditierung der Markwährung, welche ja beinahe von der Regierung selbst angeordnet wird, zeigt sich eben auch in dem Schwindsuchtsprozeß der Einkommenskaufkraft. Und das hält der „wertbeständige Lohn“ nicht auf: zum mindesten das System nicht, welches man heute zum soundsovielten Male aus der Rumpelkammer der Parteipolitik oder der Wirtschaftstheorie hervorholt.

Sabotage

Unter diesem Titel schreibt Oberfinanzrat Bang in der „D. Z.“ einen erschütternden Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

Unsere Politik ist endgültig im Bethmännischen Hafen eingelaufen. Sie wird deshalb auch so enden wie diese, das heißt, sie wird genau das Gegenteil des Erstrebten erreichen. Wir werden also mit dieser und wegen dieser Politik alles das verlieren, was wir mit ihr erhalten wollen. Deshalb ähneln sich auch die äußeren Zusammenbruchserscheinungen dieser Politik so auffällig, worauf wir hier früher schon hinwiesen. Aus Gleichem folgt eben Gleiches. Auch heute beginnen „Friedensaktionen“ mit „Friedensmahnungen“ an — uns, an unser überfallenes, ausgeraubtes, geschundenes, entehrtes Volk, das sich, benebelt von einer jüdischen Presse und verführt von marxistischen Volksverrätern, um des „Friedens“ willen die Haut vom Leibe reißt, und das sich in unerhörtem Stumpfsinn bis heute vom Auswurf der Menschheit mißhandeln läßt wie ein räudiger Köter.

Jene Gleichung geht erschütternd auf bis in die letzten, allerletzten Züge. Wie man einst eilfertig noch vor dem 9. November mit der freiwilligen Preisgabe der Unterseewaffe den besten Trumpf aus der Hand legte, nimmt man heute mit derselben Begründung dem Widerstande gegen die Ruhreinbrecher den einzigen seelischen Antrieb und zugleich das einzige Wirkungsmittel. Heute liest man in den Zeitungen auf der einen Spalte etwa folgendes: „Ein 15jähriges Mädchen wurde angesichts der jammernden Mutter von zwei französischen Soldaten abwechselnd mehrfach geschändet. Es liegt in grauenhafter Weise zugerichtet darnieder. Das französische Kriegsgericht sprach die Täter frei. — Ein junger deutscher Arbeiter wurde von zwei schwarzen Franzosen widernatürlich geschändet. Er liegt in hoffnungslosem Zustande darnieder.“ Auf der nächsten Spalte steht die Amtsmeldung: „Die Reichsregierung ist sich mit dem Heiligen Stuhle darin einig, jede verbrecherische (!!) Gewaltanwendung zu verurteilen“, womit die Sabotierung französischer Einbruchsmaßnahmen gemeint ist. Diese in ihrer Wirkung auf gesunde Menschen erschütternde Nebeneinanderstellung ist nicht von uns bösartig ad hoc gemacht, jeder kann sie so und ähnlich in Hunderten von Zeitungen des In- und Auslandes lesen. Es ist fürchterlich, daß es Deutsche gibt, die dabei nichts empfinden, außer vielleicht eine rührselige Regung.

Sprüche der November-Verbrecher!

„Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde.“

Ströbel, Sozialdemokrat, Arbeiterführer, „Vorwärts“-Redakteur und Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus am 23. Februar 1915.

„Wir haben schon von Beginn des Krieges, vom Anfang des Jahres 1915 an, systematisch für die Revolutionierung der Flotte gearbeitet.“

Haase, Sozialdemokrat, Vorsitzender des Seemannsbundes am 30. August 1919.

„Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Vorbereitungen zur Revolution schon im Jahre 1916 getroffen worden sind.“

Richard Müller, Sozialdemokrat, Arbeiterführer, auf dem 2. Rätekongreß am 16. Dezember 1918.

„In der Zeit, in der Österreich und Deutschland im Kriege gegen die Entente standen, war es Pflicht der Sozialdemokratie, Ententisten zu sein und Illusionen gegenüber der Entente zu wecken.“

Jude Dr. Otto Bauer, Sozialdemokrat, Arbeiterführer, auf dem Wiener internationalen Sozialisten-Kongreß im März 1921.

„Die deutsche Revolution ist gemacht worden von der Furcht vor der Front . . . . . . Die Massen, die sich in den Novembertagen gegen das alte Regime erhoben, trieb keine wirtschaftliche oder politische Idee . . . .“

„Vorwärts“, Hauptblatt der Sozialdemokraten Deutschlands, am 8. Januar 1920.

„Bis zu einem bestimmten Tage war Deutschland die größte und stärkste Militärmacht des Weltkrieges: Ein Augenblick hat den Koloß zu Boden gestreckt: aber die tödliche Wunde kam nicht von außen, sie kam aus dem Innern . . .“

„Arbeiterzeitung, Hauptblatt der Sozialdemokraten Österreichs, am 26. März 1919.

Das sind die Arbeiterführer! Deutscher Hand- und Kopfarbeiter, wache auf! Bereite die Rache vor!

gennanten Sprengkolonnen soll mit

Die Protokolle der Weisen von Zion
und die jüdische Weltpolitik

Aus der demnächst erscheinenden Schrift unseres Pg. **Alfred Rosenberg.** Bestellungen sind beim Deutschen Volksverlag, München, Adelhaidstr. 36, oder bei der Deutschvölkischen Buchhandlung, München, Thierschstr. 15, aufzugeben. Jeder, der es irgend kann, bestelle sich da (etwa 180 Seiten starke) Werk.

III.

Um aber dem Einwand die Spitze abzubrechen, daß möglicherweise auch dieses Buch eine „Fälschung“, eine Ausgeburt antisemitischen Verfolgungswahnes sei, sei festgestellt, daß dieses, nur für eine kleine Anzahl von Hebräern bestimmte, Werk als echt selbst vom — Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens anerkannt werden mußte. Die Lichtbilder nebst genauer Angabe der Photographen u. a. mehr machten hier ein Leugnen von vornherein unmöglich. Aber immerhin ist es interessant, als wie harmlos der wackere Zentralverein sogenannter deutscher Staatsbürger dieses jüdische Triumphgeschrei hinstellen möchte. Ein gewisser Monsieur B. S. schreibt nämlich in der „C.-V.-Zeitung“ (Nr. 14, 1922): „Das Büchlein ist nicht uninteressant, es enthält die Lebensbeschreibungen einiger jüdischer Persönlichkeiten in den Ententestaaten, die als Politiker, Staatsmänner ... ihren Vaterländern während des Krieges hervorragende Dienste geleistet haben. Es ist in schlichtem Ton gehalten, ohne jegliche (!) Ruhmredigkeit und Anbiederungssucht... Wäre die Schrift auf dem Wege des Buchhandels an die weite Öffentlichkeit gedrungen, so hätte sie wie Prahlsucht und Aufdringlichkeit gewirkt. Darum (!) wurde sie nur für einen engen Kreis bestimmt!“

Die Verkündung der jüdischen Weltherrschaft hat für den „deutschen“ Juden also einen „schlichten Ton“. Und wie bescheiden die Hebräer plötzlich werden, wenn ihre für den „engen Kreis“ bestimmten Schriften einmal ans Tageslicht kommen . . .

Es bleibt zunächst noch übrig, das einzelne zu unterstreichen, auf welches die jüdischen Autoren der genannten hochinteressanten Schrift voller Genugtuung hinweisen, um auf diese Weise sofort ein allgemeines Bild heutiger Weltpolitik zu erhalten. Da ist zuerst der ehemalige Bürgermeister von London (der fünfte seit 1900!), Mitglied des Parlaments, Herbert — Louis Samuel. Von diesem „Engländer“ wird voller Stolz erzählt er habe sich mit „Enthusiasmus den Interessen und der Verfolgung der Ziele des Zionismus ergeben“. D. h. er darf als „Engländer“ offen jüdisch-völkische Bestrebungen verfolgen.

Er wurde übrigens zum Vizekönig von Palästina ernannt, vom englischen König mit den höchsten Orden ausgestattet, erhielt auf der Reise ins „Land der Väter“ eine Audienz beim Papste und fuhr dann unter dem Donner der Hafenbatterien auf einem englischen Schlachtschiffe in Jaffa ein.

Heute lebt er im deutschen evangelischen, geraubten Krankenhause zu Jerusalem, hat fast nur jüdische Beamte um sich und regiert als hebräischer Selbstherrscher mit Hilfe britischer Soldatenkulis das gelobte Land. Für diese englischen Söldner der jüdischen Börse von London haben die britischen Steuerzahler monatlich 500 000 Pfund zu zahlen . . .

Das anerkannte Haupt des zionistischen Weltverbandes Chaim Weizmann hatte recht, als er von Herbert Samuel sagte: „Er ist ein Produkt des Judentums . . . Wir sind es gewesen, die Samuel auf diesen Posten gestellt haben“ (L'Univers Israélite vom 16. September 1921, S. 513).

Man vergleiche dazu das Motto dieses Buches . . .

Als zweiter führender Jude wird Edwin Samuel Montague erwähnt, der zweite Sohn des jüdischen Lords Swanthling, eine „Kolonne des englischen Judentums“ und Mitglied des Parlaments. Er wurde 1906 „Privatsekretär von Mr. Asquith“ (vgl. Juden Philipp Sassoon als „Privatsekretär“ von Lloyd George; den Juden Hugo Oberndorffer von Loubet; den Juden Mandel als „Privatsekretär“ von Clemenceau; vor dem Kriege waren es die Hebräer Cornelius Herz, Goudchaux und Roth; den Juden Louis Strauß als „Privatsekretär“ des amerikanischen Lebensmitteldiktators Hoover; den jüdischen „Privatsekretär“ und Pressechef Tschitscherins, Rosenberg; den jüdischen „Privatsekretären“ Cahen bei der deutschen Friedensabordnung in Versailles, später bei Brockdorff-Rantzau in Moskau . . .).

Später wurde Montague zum Finanzsekretär ernannt, dann — nach dem Tode Kitcheners — zum Munitionsminister (also wieder ein Posten, der die Überwachung und diktatorische Rohstoffverteilung in sich schloß). Zu bemerken ist, daß dieser Montague eng verbunden ist mit der jüdischen Bank Montague in London, welche die Ausbeutung Indiens (zusammen mit den Sassoons — von denen David Sassoon Gouverneur von Bombay ist) als Monopol in Anspruch nehmen können.

Gleich hinter Montague wird Lord Reading genannt, geboren als Rufus Isaaks, berüchtigt als Mitspekulant von Lloyd George beim Skandal mit den Marconi-Aktien. Er wurde vermutlich dieser Veranlagung für „jüdische Ideale der Gerechtigkeit“ wegen der erste Oberrichter Englands, dann zum Lord ernannt. Während des Krieges „englischer“ Botschafter in Neuyork, jetzt Vizekönig von Indien (das er mit dem Opiumjuden Sassoon, dem jüdischen Finanzsekretär Lionel Abrahams u. a. ausplündern hilft).

Als vierter großer „Engländer“ erscheint Alfred Mond, „eine der bedeutendsten Autoritäten in England betreffs wirtschaftlicher Fragen“. Er ist beteiligt an den „allergrößten industriellen Unternehmungen der Welt“. Außerdem gehören ihm eine Reihe von Zeitungen.

Zum Schluß heißt es über Alfred Mond: „Sir Alfred ist einer der englischen Juden, die stolz sind auf ihre jüdische Herkunft, er ist ein sehr energischer Vertreter der zionistischen Bewegung.“ Ich füge hinzu, daß dieser englische Minister für öffentliche Arbeiten im Vorstande der nationaljüdischen Weltanleihe (Keren Hajessod) steht und dem Staate gegenüber, der ihn als Minister duldet, mehr als einmal drohende Reden gehalten hat. Er sagte z. B. einmal in einer Rede zu Oxford als englischer Minister:

„Ich möchte zunächst im voraus bemerken, daß ich nicht in meiner Eigenschaft als Mitglied von Seiner Majestät Regierung, sondern als Jude spreche. Ich würde mich als einen Feigling ansehen, ganz unwert der Bürgerschaft, die ich besitze, wenn ich diesen Weg wählte. Die jüdische Rasse muß jene interessieren, die die Ehre haben, ihr anzugehören . . . .

„Diese (Balfour-)Erklärung war, so scheint mir, ein großer Akt staatsmännischer Weisheit und charakteristisch für einen großen Mann, der sie erteilte, einen der größten unter den lebenden britischen Staatsmännern. Sie hatte den beabsichtigten und sofortigen Erfolg, mitten im Weltkrieg eine gewaltige Summe jüdischer Sympathien in den Staaten aller (!!) Weltteile auf der Seite der Verbündeten zu vereinen, und obgleich ich weiß, daß viele denken mögen, diese Sympathie sei für ein so mächtiges Reich von geringer Bedeutung gewesen, und daß die Wirkung der so gewonnenen Sympathie, oberflächlich (!) gesehen, nicht sehr bedeutend war, so möchte ich sie doch daran erinnern, daß die nächstgrößte fremde Bevölkerungsgruppe in den Vereinigten Staaten nach den Iren die jüdische Bevölkerung ist und daß die Sympathie und Unterstützung einer großen Schicht mit bedeutendem Einfluß auf die öffentliche Meinung damals nicht ohne Wert war, als die Amerikaner daran gingen sich im Kriege mit den Alliierten zu vereinigen . . . (Mit anderen Worten: Die Juden haben Amerika in den Krieg gegen Deutschland getrieben.)

„Das Mandat wurde auf Grund der klaren (!) Zusage erteilt, daß dort ein jüdisches nationales Heim geschaffen werden solle, und man kann kein Heim gründen, wenn man den Juden nicht erlaubt, hinzugehen. Das Land muß dem Volke übergeben (d. h. den Arabern genommen und den Juden ausgehändigt werden) werden, und eine gegenteilige Maßnahme könnte vor einer Körperschaft wie dem Völkerbunde nicht begründet und aufrechterhalten (!!) werden . . .

Es gab noch andere Staaten, die stolz (!!) gewesen wären, das Mandat zu übernehmen und auf Grund der Bestimmungen der Balfour-Deklaration durchzuführen, doch glaubten sie fest an das Wort der britischen Regierung und an das Wort des britischen Volkes und wünschen, daß Großbritannien das Mandat übernehme . . .“

(„Jüdische Rundschau“ Nr. 20, 1922.)

Nach diesen Patentengländern folgen zwei „Franzosen“ aus dem jüdischen Weltgetto. Zunächst der französisch-jüdische Finanzminister während des Krieges Lucien Klotz und heutige Abgeordnete, der sich nicht genug tun kann in Schmähungen Deutschlands und im Fordern immer neuer Erpressungen; dann Joseph Reinach, der bekannt berüchtigte Journalist und Ritter der Ehrenlegion der Republik Rothschild . . .

(Fortsetzung folgt!)

Werbt für den „Völk. Beobachter“ neue Bezieher!

daß selbst die gleichgesinnte Presse ihn zur Mäßigung mahnen muß und der schon erwähnte Bericht des Münchener Bürgermeisters feststellt, daß er nicht nur nichts gut mache, sondern noch viel Gutes verderbe. Diese Tatsache ist besonders beachtenswert; sie beweist, daß der Jude es schon damals verstand, sich auch in staatserhaltenden Parteien eine Stellung zu verschaffen, um auch in ihnen zersetzend zu wirken. Da ihm dies jedoch nur als Übereifer ausgelegt wird, vermag er, als Hauptagitator der Ultramontanen gegen den Reichsgedanken hoch geschätzt, seinen von den „Münchner Neuesten Nachrichten“ (6. Juni 1849) als das „schamloseste Blatt in Bayern, die Kloake der Presse“ bezeichneten „Volksboten“, einen „selbst die ultraradikalen Gassen- und Winkelblätter überbietenden Virtuosen der Schamlosigkeit“ (Nürnberger Korrespondent, 31. Jan. 1849) ungestört weiterzuführen. Gelegentlich trägt ihm allerdings seine Hetztätigkeit auf dem Lande auch eine Tracht Prügel ein, die dann von ihm und seinen Freunden, zu denen auch der gehaßte Exminister Abel zählte, nach echt jüdischer Methode zu einem Angriff auf Thron und Altar aufgebauscht wurde.

Die Juden in der österreichischen und ungarischen Revolution.

In der österreichischen Monarchie, deren Bestand durch die nationalen Erhebungen der Tschechen, Ungarn und Italiener schon damals stark gefährdet war und nur mit russischer Waffenhilfe aufrecht erhalten wurde, trat der Revolutionsjude in seiner heute so klar umrissenen Gestalt damals wohl noch deutlicher in Erscheinung als in dem von offenen Kämpfen ziemlich verschonten Bayern.

Übereinstimmend finden wir in allen regierungstreuen Zeitungen die wiederholte Feststellung, daß „die Juden überall auf seiten der Aufrührer und Empörer sind“, daß sie bei der Revolution in Wien eine große Anzahl Redakteure zu den staats- und kirchenfeindlichen Blättern lieferten und die Empörer durch Geld unterstützten, „um nachher doppelten Vorteil daraus zu ziehen“. Nach der Einnahme von Wien kauften sie alles, was von den ungehorsamen Soldaten geraubt und gestohlen wurde, um den niedrigsten Schandpreis (vgl. 1918!). Vor allem brachten sie Waffen an sich, die sie dann an die Rebellen in Ungarn verkauften; so wurden im März 1849 einmal 20 000 Gewehre abgefangen, die ein Jude den Magyaren zuführen wollte. Da sie die Kossuthsche Partei auch mit bedeutenden Geldmitteln unterstützten, erließ Fürst Windischgrätz am 11. Februar in Pest an die Juden, besonders von Alt-Ofen, eine Proklamation, in der er sie vor hochverräterischen Umtrieben warnte; darin heißt es zuletzt: „Denn ich habe die Gewißheit erlangt, daß gerade die Israeliten sich zu Spionen und Lieferanten der Rebellen gebrauchen lassen, sowie sie es sich zur Aufgabe machen, falsche und schlechte Nachrichten über angebliche Siege der Rebellen zu verbreiten, um dadurch Furcht und Mißtrauen zu erregen; daher wird für jeden Israeliten, welcher oben angedeuteter Vergehen wegen kriegs- oder standrechtlich gerichtet wird, jene Judengemeinde, zu der er gehört, 20 000 fl. als Strafe bezahlen.“

Juden als Kirchenräuber.

Die „Augsburger Postzeitung“ vom 2. Nov. 1849 schreibt in der Wiedergabe eines Berichtes aus Rom:

„Es ist jetzt erwiesen, daß eine ansehnliche Menge geweihter Kirchengefäße im Ghetto durch Einschmelzen sein Ende gefunden hat. Ohne die bekannte grelle Inklination der römischen Juden zur Diebeshehlerei würde wahrscheinlich manches Gotteshaus seines Altarschmuckes nicht beraubt worden sein, da die republikanischen Gauner ohne sie unter katholischen Christen nicht leicht Abnehmer oder Käufer des gestohlenen Kirchengutes gefunden hätten. Eine aus dem apostolischen Palast des Quirinals entwendete kostbare Monstranz wurde vorgestern mit vielen anderen geistlichen Kleinodien in der Judenstadt aufgefunden, ebenso eine große Menge aus den Wohnungen der Kardinäle weggenommener goldgestickter geistlicher Gewänder. Nach solchen Vorgängen wurde gestern abend sämtliche französische und römische Gendarmerie aufgeboten, das Judenquartier zu umzingeln und jedes einzelne seiner Häuser genau zu durchsuchen. Heute ist das Ghetto hermetisch geschlossen, die Ergebnisse der Haussuchung sollen sehr bedeutend sein.“

Wem fiele nicht die Ähnlichkeit der hier geschilderten jüdischen Spezialtätigkeit mit dem nur noch viel gründlicheren, systematischen Kirchenraub in Sowjet-Judäa auf?

Eine bemerkenswerte Prophezeihung.

Angesichts derartiger Feststellungen ist es begreiflich, daß gerade die streng katholischen Zeitungen die eifrigsten Gegner der Judenemanzipation sind, allen voran der „Volksbote“ des geborenen Juden Zander, der als richtiger Renegat und aus bester Sachkenntnis heraus die Tatsache unterstreicht, daß Juda nicht als Religionsgemeinschaft zu betrachten sei, sondern als eigene Nation, die ihren Charakter als solche stets und überall bewahre (18. Nov. 1849). Ihm sekundiert seltsam weitblickend am 2. Dez., als die Emanzipationsfrage im Landtag eben zur Debatte stand, die gleichgesinnte „Augsburger Postzeitung“:

„Sollte in dieser hochwichtigen Angelegenheit das deutsche Ehrgefühl Fiasko machen, so werden wir uns in nächster Zukunft nicht nur von jüdischen Ministern regiert sehen, sondern auch an der Spitze der verheißenen Republik Germania einen Juden als Präsidenten zu verehren bekommen, dessen eifrigstes Geschäft sein wird, aus Dankbarkeit den Mosaismus über das Christentum zu setzen und zur Staatsreligion zu erheben, weil wir aus lauter Liberalismus den Mut nicht hatten, dem Christentum, der Wiege deutscher Bildung, als Staatsgrundgesetz Geltung zu verschaffen. So unwahrscheinlich und grell dieser Gedanke auf den ersten Augenblick erscheint, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß die Fortschritte und Umtriebe der Juden in Deutschland seit kurzem der Art sind, daß sie, in progressiver Weise gedacht, jedem, der es gut mit der Sache des Christentums, mit Deutschlands Ehre meint, zu den traurigsten Befürchtungen Veranlassung geben müssen.“

Die Partei, der die eben genannten Zeitungen angehörten, hieß später Patriotenpartei, dann Zentrum, heute — Bayerische Volkspartei! So ändern sich die Zeiten und mit ihnen die Geister.

Bücherschau

Kurt Gerlach: Fernstenliebe. Verlag Aufstieg, Leipzig 1923. G.Z. 1,50 M. Man könnte meinen, Gerlach habe für sein Buch „Fernstenliebe“ sich an eine bestehende Siedlungsgemeinschaft gehalten, wie sie etwa Ernst Hunkel in Hessen verwirklicht hat. Es wäre nun unbedingt wertvoll gewesen, wenn er das Leben, wie es sich in einer solchen tatsächlich abspielt, schilderte. Leider tut er das aber nicht, sondern möchte im Geiste Platos, Nietzsches und Schopenhauers dem Abendlande durch die Schaffung eines „neuen Menschen“ eine friedliche Zukunft bringen. Sein Werk läßt jedoch eine starke einheitliche Kraft vermissen, da es von den drei genannten großen Philosophen nur wenig enthält. Der Kampf gegen unsere heutige Überkultur ist vollkommen richtig erfaßt, doch wird man ihn nicht durch Bildung reinrassiger, alkohol- und nikotinfreier Inseln vom „neuen Menschen“ in allen Ländern Europas führen können. Es kommt nicht darauf an, sich aus dem gegenwärtigen Leben in friedliche Träume zurückzuziehen, sondern vielmehr in den jetzigen Ereignissen seinen Mann zu stehen. D.

*

Dr. Ernst Sontag: Der Rechtsschutz der Hypothekengläubiger und Obligationäre gegen die Folgen der Geldentwertung. Der Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin, bringt unter dieser Überschrift aus der Feder des bekannten Kammergerichtsrats Dr. Sontag einen willkommenen Beitrag zu dem heiklen Thema: Geldentwertung und Hypothekenwesen.

Das Schwergewicht der Arbeit liegt auf Kapitel II, in dem alle die Rechtsgründe behandelt werden, welche die Gläubiger in den Prozessen um Löschungsquittung und Aufwertung vorbringen können. Ein Anhang bringt die bereits zugunsten dieser Frage ergangenen Urteile höherer Gerichtshöfe. Die Broschüre ist für jeden Hypothekengläubiger, Obligationär und Anwalt dieser Parteien ein unentbehrlicher Ratgeber.

In Anbetracht der Aktualität des Problems und seiner aufgezeigten möglichen Lösung sei es den Interessenten warm empfohlen. Die Art der Abfassung ermöglicht auch dem juristisch nicht Vorgebildeten das Eindringen in die Materie. Dr. B.

Der Skandal im Hofbräuamt

Offene Fragen an den Finanzminister und den Landtag.

Wir haben in Nr. 121, 122, 126, 127 und 132 unseres Blattes eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in denen wir gegen die vom gegenwärtigen Hofbräuamtsdirektor Zilcher beabsichtigte und auf das lebhafteste betriebene Verschacherung der Selbständigkeit des Hofbräuhauses an den vollständig verjudeten Löwenbräu-Schülein-Konzern auf das entschiedenste Stellung nahmen und gleichzeitig unter Anführung einiger besonders drastischer Beispiele darauf hinwiesen, daß die Leitung des Hofbräuamtes beim derzeitigen Direktor Zilcher **nicht bloß in den denkbar unfähigsten, sondern auch in recht wenig vertrauenswürdigen Händen liege.**

Der Zweck unserer Veröffentlichungen war der, dem Herrn Finanzminister Dr. Krausneck, der diesem ebenso unfähigen wie durchaus nicht einwandfreien Mann wiederholt vor den gläubig lauschenden Volksvertretern im Landtag ob seiner „Tüchtigkeit" und „Voraussicht" ein Loblied gesungen hat, durch die öffentliche Erörterung und Aufdeckung der in der Leitung des Hofbräuamtes herrschenden Skandalzustände den Anstoß zu einer gründlichen Reinigungsaktion zu geben, die in diesem Falle nur in der unverzüglichen Amtsenthebung Zilchers bestehen kann.

Letztere ist uns nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zu dem Zweck, dem Hofbräuhaus durch Beseitigung seines absolut **unfähigen derzeitigen** Leiters die **Bahn zur vollen wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeit und** damit zu jener **Blüte freizumachen, auf der es heute unter anderer Leitung zweifellos** stünde **und bei der es niemand, auch** Herrn **Dr. Krausneck nicht, einfallen würde, die Anlehnung des Hofbräuhauses an einen Privatbetrieb aus wirtschaftlichen Gründen als notwendig zu erachten.**

Seit dem Erscheinen unseres ersten Artikels sind nun drei Wochen verflossen — **und es ist alles noch beim alten! Zilcher sitzt nach wie vor auf** seinem **Posten und „dirigiert" weiter.** Der Herr Finanzminister **aber,** der sich sonst in den Landtagssitzungen nicht gerade von der wortkargen Seite zeigt, **hat, als in der vorigen Woche der Etat des Hofbräuhauses im Landtagsplenum beraten wurde, mit keiner Silbe etwas von den skandalösen Zuständen erwähnt, die wir in unseren damals soeben erschienenen und wohl auch ihm zu Gesicht gekommenen Artikeln gegeißelt haben.** Dieses merkwürdige Verhalten der hier zuständigen und auch **verantwortlichen** obersten staatlichen Stelle muß um so befremdender erscheinen, als gegen Zilcher, der sich in Gehaltsklasse und Rang eines Oberregierungsrates (!) befindet, doch Vorwürfe von so schwerer Art erhoben sind, daß selbst ein Beamter der **niedrigsten Klasse, wenn ihm dergleichen nachgeredet würde, keinen Tag mehr länger im Amte bleiben könnte, sondern bis zur Erledigung der sofort gegen ihn einzuleitenden Disziplinaruntersuchung einstweilen vom Dienste suspendiert werden müßte.** Dazu kommt, daß wir die am Schlusse des Artikels in Nr. 127 unseres Blattes nur als **Gerücht** wiedergegebene Behauptung, es sei dem Finanzminister schon einmal ein ausführlicher Bericht über die miserable Leitung des Hofbräuamtes und über die verschiedenen Reate Zilchers unterbreitet worden, auf Grund der uns inzwischen zugegangenen weiteren Informationen **als durchaus** den **Tatsachen entsprechend zu bezeichnen in der Lage sind. Es** war dies im Herbste 1922, **Zilcher** selbst **hat, wie wir erfahren, bereits** damals **damit gerechnet, daß er gehen** müsse. **Das Finanzministerium hat** aber **gegen Zilcher nichts unternommen, im Gegenteil hat Herr Dr. Krausneck trotz Kenntnis dieser Dinge dem Direktor Zilcher im Landtag sogar noch ein ostentatives Lob gespendet.** All dies nötigt uns zu der Annahme, daß das Finanzministerium diese ganze Angelegenheit zu übersehen bemüht ist, damit gegen seinen Schützling Zilcher keine weiteren Konsequenzen erwachsen. **Wenn aber der** Herr Finanzminister glaubt, daß er unsere Artikel ignorieren könne, täuscht er sich. Wir richten an ihn offen zunächst die folgende Frage:

Hält es der Finanzminister mit der unbedingt zu fordernden Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in staatlichen Betrieben für vereinbar, daß ein Mann, dem solche Dinge nachgesagt werden wie dem derzeitigen Direktor des Hofbräuamtes, auch nur noch einen Tag länger auf dem Posten eines Amtsvorstandes bleibt? Warum wird Zilcher vom Herrn Finanzminister nicht veranlaßt, gegen uns in Privatklage vorzugehen, damit er im Prozeß Gelegenheit hat, sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen, wenn er dazu in der Lage ist?

In dem Artikel in Nr. 127 vom 28. Juni haben wir bereits auch angedeutet, daß Zilcher, der übrigens den Arbeitern und Beamten des ihm unterstellten Betriebes im gleichen Maße rücksichtslos und anmaßend sein soll wie er gegenüber seinen Vorgesetzten sich von der untertänigsten Seite zu zeigen versteht, sich von jeher nach oben durch allerlei Gefälligkeiten und Aufmerksamkeiten einzuschmeicheln befleißigt habe.

Hier ist z. B. die Tatsache zu erwähnen, daß nach zuverlässigen Informationen der Herr Finanzminister von Zilcher das Flaschenbier zu einem bedeutend billigeren Preis geliefert erhält wie die übrigen Sterblichen, nämlich zum Ganterpreis, zu dem es die Wirte erhalten. Wenigstens war dies bestimmt noch vor einem Jahre der Fall und nach Ansicht unseres **Gewährsmannes dürfte sich hierau auch bis heute nichts geändert haben.** Wir **richten daher an den Herrn Finanzminister die weitere Frage, ob Vorstehendes richtig ist und auf Grund welchen Privilegs er diese Vergünstigung bezieht? Sollte in der Regelung der Gesamteinkommensverhältnisse des Herrn Finanzministers ein solches Privileg nicht vorgesehen sein, so könnten wir uns des Empfindens nicht erwehren, daß ein Beamter im Rang eines Ministers derartige Gefälligkeiten von einem Untergebenen nicht annehmen, sondern entschieden zurückweisen sollte;** einmal um seines persönlichen **Ansehens** willen und sodann auch im **Hinblick** darauf, daß er gegebenenfalls, d. h. wenn sich ein Einschreiten gegen den Untergebenen als notwendig erweisen sollte, sich durch keinerlei persönliche Rücksichten und Stimmungen **beengt** und gebunden fühlen darf.

Endlich sehen wir uns noch zu einer **dritten Frage** an Herrn Dr. Krausneck veranlaßt, und zwar handelt es sich unseres Erachtens hier um eine Frage von größter **prinzipieller** Bedeutung und um eine Frage, **an der auch die Allgemeinheit ein hervorragendes Interesse hat.** Wir haben uns nämlich nach all dem, was uns über die schier unglaubliche Unfähigkeit des Direktors Zilcher an Informationsmaterial zugegangen war, unwillkürlich die Frage vorgelegt, wie es denn überhaupt möglich ist, daß ein solcher Mann solange auf seinem Posten stehen kann, ohne daß seine Unfähigkeit erkannt wird. Als Gründe hierfür wurden uns außer dem **Mangel** jeglicher eigenen Sachkenntnis bei seinen Vorgesetzten, die sich infolge dieses Mangels eben einfach auf seine Angaben verlassen, sowie außer dem hervorragenden Talente Zilchers, unter meisterhafter Verdeckung seiner Unfähigkeit sich bei seinen Vorgesetzten geradezu als Genie hinzustellen, insbesondere auch der Umstand genannt, daß der zuständige Referent im Finanzministerium überhaupt gar nicht die nötige Zeit zu haben scheine, um sich um alles, was in den seinem Referate unterstellten Betrieben vorgehe, mit der gebotenen Gründlichkeit zu kümmern, da er zu sehr mit Arbeit überlastet sei.

Der betreffende Referent soll nämlich gleichzeitig neben seiner staatlichen Stellung als Ministerialrat auch noch den Posten eines Aufsichtsrates bei einer Privatgesellschaft, nämlich bei den Innwerken, bekleiden und durch letztere Tätigkeit in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen sein. Wir richten daher an Herrn Dr. Krausneck die Frage, ob dies richtig ist. Beiahendenfalls wolle Herr Dr. Krausneck Aufklärung darüber geben, wie derartiges überhaupt möglich ist und ob er selber denn gar nichts Bedenkliches dahinter gefunden hat oder findet. Wir für unseren Teil haben nämlich herzlich wenig Verständnis für solche Erscheinungen, **die unterm alten System schlechterdings unmöglich gewesen wären,** jedoch anscheinend unter der neuzeitlichen parlamentarisch-demokratischen Regierungsmethode nicht mehr verpönt sind und in denen wir, wenn sie weiter um sich greifen würden, **den Anfang vom Ende und den beginnenden Verfall unserer guten alten Beamtentradition erblicken müßten. In der klaren Erkenntnis, daß niemand zu gleicher Zeit zwei Herren dienen könne, ohne daß einer davon Schaden leiden würde, war es unter dem alten System den Beamten strengstens verboten, neben ihrem Amte noch irgendeine entlohnte Privatstellung zu bekleiden oder Privatgeschäfte zu betreiben. Es wurde starr an dem Grundsatz festgehalten, daß der Beamte seine ganze Kraft einzig und allein dem Staatsdienst zur Verfügung zu stellen habe.** Dafür, daß er keinerlei Nebenerwerb ausüben durfte und insoweit in der unbegrenzten Erwerbsmöglichkeit beschränkt war, wurde ihm anderseits vom Staat das Äquivalent der Pensionsgewährung bei eintretender Dienstunfähigkeit geboten. Hierauf beruht überhaupt der ganze Pensionsgedanke. **Der Grundsatz aber, daß der Beamte seine ganze Arbeitskraft restlos und ausschließlich dem Staat zur Verfügung zu stellen habe, war eine der Hauptsäulen, auf denen unser bewährtes altes Beamtentum fußte, um das man uns in der ganzen Welt beneidete. Hieran zu rütteln, heißt unseres Erachtens in bedenklicher Weise die soliden Grundlagen der Staatsverwaltung und des Beamtentums erschüttern.**

An den Landtag aber möchten wir die Frage gerichtet haben, wie er sich zu all diesen Dingen stellt und was er zu tun gedenkt, um den Finanzminister zu einer alsbaldigen Äußerung und Klarstellung zu veranlassen.

Letzte Nachrichten

Neue Gewalttaten.

tu. **Münster,** 12. Juli. Am gestrigen Morgen wurde in Westerhold der Amtmann Bender ohne Grund von den Einbruchstruppen verhaftet. Am 10. Juli, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, verlangten 5 Belgier, die sich anscheinend mit ihrem Fuhrwerk verfahren hatten, im unbesetzten Wulfen, nördlich der Lippe, von einem Gastwirt Getränke und Zigarren. Als der Verkauf verweigert wurde, entwendeten sie eine Kiste Zigarren und fuhren weiter. Fünf benachrichtigte Schutzpolizeibeamte aus Borken versuchten, sie auf offener Straße anzuhalten. Als darauf seitens der Belgier ein Schuß fiel, entwickelte sich ein kurzes Feuergefecht, wobei das Fuhrwerk ins besetzte Gebiet entkam.

In Gladbeck beschlagnahmten die Besatzungstruppen Lohngelder der Berginspektion V in Höhe von 53 Millionen Mark. Die Zeche „Bergmannsglück" bei Buer wurde nach Abtransport von Kohle und Koks von der Besatzung geräumt. In Essen wurde vom 11. Juli ab von der Besatzungsbehörde die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" für vier Tage verboten.

Neue Morde der Belgier in Duisburg.

tu. **Duisburg,** 12. Juli. **Von den belgischen Wachtposten wurde wiederholt in die Häuser geschossen. Die Zahl der Verletzten ist so groß, daß sie sich gar nicht mehr feststellen läßt. Auch in Hamborn ist eine Person getroffen und schwer verletzt worden.**

Dre entfesselte Mord. Und was geschieht dagegen?

Zwischenfälle in Paris.

Paris, 12. Juli. Wie die „Havasagentur mitteilt, brachte Oberst Girod eine Interpellation über die Zwischenfälle ein, die sich gestern mit Soldaten ereignet haben, die aus dem Ruhrgebiet gekommen waren, um an der Parade vom 14. Juli teilzunehmen. Mehrere Abgeordnete erklärten, daß sie sich dieser Interpellation anschließen werden. Nach dem Matin handelt es sich um folgendes: All die Truppen, die gestern nachmittags vor dem Gebäude der Kommunistischen Jugend vorbeikamen, seien antimilitaristische Schriften von einem Fenster aus unter die Soldaten geworfen worden. Etwas später sei ein Soldat, vom Hitzschlag getroffen, zusammengebrochen. Andere Soldaten hätten ebenfalls, wie dieser, nach dem Krankenhaus überführt werden müssen, weil die Hitze ihnen Schaden zugefügt habe. —

Die Änderung des spanischen Zolltarifes.

tu. **Madrid,** 12. Juli. In der Kammer begann gestern die Debatte über die Änderung des Zolltarifes. Der zur Beratung stehende Gesetzesentwurf sieht u. a. die Verlängerung gewisser Abkommen für ein weiteres Jahr vor, und zwar mit Staaten, die Spanien eine gleichwertige Vergünstigung gewähren.

Zur Lage in Barcelona.

tu. **Madrid,** 12. Juli. **Die Handelskammer von Barcelona hat energischen Einspruch erhoben gegen die böswillige Entstellung der Lage in Barcelona durch die französische Presse.**

Deutsche Turner

lest das

Kampfblatt der deutschen Freiheits-Bewegung

den

„Völkischen Beobachter".

Besucht die beiden

Riesenkundgebungen

am **Samstag, den 14. Juli 1923** und **Montag, den 16. Juli 1923, vormittags 10 Uhr** im großen **Zirkusgebäude** auf dem **Marsfelde.** In beiden Versammlungen wird unser Führer

Adolf Hitler

und die Führer der Bewegung aus dem gesamten deutschen Sprachgebiet sprechen.

Verlag „Völkischer Beobachter": Amann

Nationalsozial. Deutsche Arbeiter-Partei
Für die Parteileitung:
Weber

104

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

Es war wirklich Jack Dawkins, der in seinem gewohnten, schusselnden Gange, die Ärmel seines Rockes zurückgeschlagen, den Hut in der Rechten, die Linke in der Tasche und den Schließer auf seiner Ferse in dem ihm angewiesenen Käfig, mit der lauten Frage, warum man ihn in eine so beschimpfende Situation bringe, betrat.

„Willst du dein Maul halten!" sagte der Gefängniswärter.

„Bin ich nicht ein Engländer?" versetzte Chahum. „Wo sind meine Privilegien?"

„Du wirst bald Privilegien genug bekommen," erwiderte der Gefängniswärter, „und zwar gepfefferte."

„Wir wollen sehen, was der Minister des Innern den Kohlbincken (Richtern) sagen wird, wenn man mir nicht mein Recht verschafft", entgegnete Herr Dawkins. „Wohlan denn, zu was für einem Geschäfte bin ich hier? Ich werde es den Herren vom Magistrat Dank wissen, wenn sie diese kleine Angelegenheit abmachen und mich nicht nicht durch ihr Zeitungslesen aufhalten: denn ich habe mit einem Herrn in der City eine Zusammenkunft verabredet, und da ich ein Mann von Wort und in Geschäftssachen äußerst pünktlich bin, so wird er, wenn ich nicht die Zeit einhalte, fortgehen, was vielleicht Anlaß zu einer Schadenersatzklage gegen die, welche mich verhindert haben, geben könnte. Ich denke aber, daß die Herren dies gewiß nicht wollen."

Da man sich nicht besonders an das Gesuch des Gefangenen um schleunige Abfertigung zu kehren schien, so stellte der Chahum an den Gefängniswärter die Frage, wie doch die zwei alten Grobiane auf der Bank hießen, was die Zuschauer zu einem ebenso herzlichen Lachen veranlaßte, als Mister Bates gelacht haben würde, hätte er diese gemütliche Frage mitanhören können.

„Still da!" rief der Gefängniswärter.

„Was gibt's?" fragte einer von dem Gerichtspersonale.

„Eine Taschendieberei, Euer Gestrengen."

„Ist der Knabe schon hier gewesen?"

„Hätt's schon oft sollen," versetzte der Schließer, „aber solche Bursche findet man eher an andern Orten. Ich kenne ihn wohl, Euer Gestrengen."

„Ah! Sie kennen mich — wirklich?" rief der Pfiffige, indem er sich die Angabe aufzeichnete. „Sehr gut! Das gibt eine Anklage wegen Ehrenkränkung."

Es erschallte ein abermaliges Gelächter, dem auf's neue eine Zuruheverweisung folgte.

„Wohlan, wo sind die Zeugen?" fragte der Gerichtsschreiber.

„Ah! Ganz recht!", fügte der Chahum bei, „ich möchte sie doch auch sehen."

Diesem Wunsche wurde sogleich willfahren, denn ein Polizeidiener trat mit der Angabe vor die Schranken, der Gefangene hätte im Gedränge einem unbekannten Herrn in die Tasche gegriffen und ein Schnupftuch herausgezogen, es aber, da es sehr alt gewesen, nachdem er sich vorher das Gesicht damit abgetrocknet, wieder hineingesteckt. Er habe aus diesem Grunde den Chahum, sobald er an ihn kommen konnte, in Haft genommen und bei Durchsuchung seiner Person eine silberne Schnupftabaksdose aufgefunden, auf deren Deckel der Name des Eigentümers eingegraben wäre. Man hatte dessen Wohnung im Wegweiser aufgefunden, und der Herr war nun gegenwärtig und beschwor, daß diese Dose sein Eigentum sei, und daß er sie unmittelbar, nachdem er sich dem bereits erwähnten Gedränge entwunden, vermißt hätte. Er fügte noch außerdem bei, daß im Gewühle ein junger Mensch sich besonders viel um ihn zu schaffen gemacht habe, und daß dieser junge Mensch kein anderer als der vor ihm stehende sei.

„Hast du etwas gegen dieses Zeugnis einzuwenden, Junge?" fragte der Richter.

„Ich mag mich nicht so weit herablassen, mich durch einen Disput mit ihm zu beschimpfen", versetzte Chahum.

„Hast du überhaupt noch etwas zu sagen?"

„Hörst du, Seine Gestrengen fragen, ob du noch etwas zu sagen hättest", wiederholte der Gefängniswärter, indem er den schweigenden Chahum mit dem Ellenbogen in die Seite stieß.

„Ich bitt' um Vergebung," sagte der Chahum, zerstreut aufblickend, „haben Sie mit mir gesprochen?"

„Ich habe nie einen so durchtriebenen Spitzbuben gesehen, Euer Gestrengen", bemerkte der Gefängniswärter grinsend. „Hast du im Sinne, noch etwas vorzubringen, Halunke?"

„Nein," entgegnete der Chahum, „hier nicht, denn dies ist nicht der Ort, wo man zu seinem Rechte kommen kann. Außerdem frühstückt mein Anwalt diesen Morgen bei dem Vizepräsidenten des Hauses der Gemeinen. Ich werde aber anderswo meine Sache anbringen, und dann werden mein Advokat und meine übrigen zahlreichen Bekannten diesen Kohlbinken eins auftrumpfen, daß sie wünschen werden, nie geboren zu sein, und daß ihnen lieber gewesen wäre, wenn sie sich von ihren Bedienten an ihren eigenen Huthaken hätten aufhängen lassen, ehe sie diesen Morgen ein Urteil über mich gesprochen hätten. Ich will —"

„Was soll dieses Geschwätz da!" unterbrach ihn der Schreiber. „Er ist vollständig überwiesen. Fort mit ihm!"

„Marsch!" versetzte der Schließer.

„O ja, ich komme schon", erwiderte der Chahum, seinen Hut mit der Handfläche glatt streichend. „Und Ihnen (gegen die Gerichtsbank) sollen Ihre Jammergesichter nichts helfen; ich werde keine Schonung gegen Sie Platz greifen lassen — nicht um eines Hellers Werts. Ihr sauberen Zeisige sollt mir dafür zahlen. Ich würde jetzt die Freiheit nicht annehmen, wenn ihr auf den Knien niederfielet und mich darum bätet. Fort, führt mich ins Gefängnis!"

Der Chahum ließ sich nun an dem Rockkragen abführen, drohte, bis er in den Hof hinaus kam, die Sache vor's Parlament zu bringen und grinste dann dem Schließer mit großer Heiterkeit und Selbstzufriedenheit ins Gesicht.

Als Noah mit angesehen hatte, wie er in eine kleine Zelle eingeschlossen wurde, eilte er, so schnell er konnte, zu der Stelle zurück, wo er Mister Bates verlassen hatte. Dieser junge Herr hatte es für klug erachtet, sich nicht eher zu zeigen, als bis er eines sicheren Rückzuges gewiß war, und vereinigte sich erst mit seinem Gefährten, nachdem er sich überzeugt hatte, daß demselben nicht irgendeine naseweise Person folge.

Beide eilten nun miteinander zurück, um Herrn Fagin die erfreuliche Kunde zu bringen, daß der Chahum seiner Erziehung alle Ehre mache und sich einen glänzenden Namen sichere.

Dreiundvierzigstes Kapitel.

So erfahren auch Nancy in allen Künsten der Schlauheit und Verstellung war, so konnte sie doch die Wirkung nicht ganz verbergen, welche das Bewußtsein des von ihr gewagten Schrittes in ihrem Gemüte hervorbrachte. Sie erwog, daß beide, der verschmitzte Jude sowohl als der rohe Sikes sie mit unbedingter Zuversicht, ohne nur an einen Argwohn zu denken, in Pläne eingeweiht hätten, die allen andern verborgen waren: aber trotz der Nichtswürdigkeit dieser Pläne, der Verworfenheit ihrer Urheber und ihrer Erbitterung gegen den Juden, der sie Schritt für Schritt tiefer und tiefer in den Abgrund von Verbrechen und Elend geführt hatte, welchem sie nicht mehr entfliehen konnte, fühlte sie doch hin und wieder sogar gegen diesen eine weichere Regung, und sie hätte ihn nur ungerne den unerbittlichen Händen, denen er so lang entgangen, und denen er doch am Ende anheimfallen mußte, überantwortet, so sehr er auch ein solches Schicksal verdient haben mochte.

Dies waren jedoch nur vorübergehende Gedanken, da sie nicht ganz der Rücksichten für ihre alten Gefährten und Verbindungen vergessen konnte, obgleich ihr Entschluß unabänderlich gefaßt war. Ihre Befürchtungen für Sikes würden ein weit gewichtigerer Anlaß für sie zu einem zeitigen Rücktritt gewesen sein.

(Forts. folgt.)

Schaumschlägerei zur Fleischversorgung

München, 12. Juli.

Die Fleischversorgung Münchens, verbunden mit einer schier wahnwitzigen Fleischverteuerung, hat sich zu einer derartigen Kalamität entwickelt, daß den Kreisen, die daran die Hauptschuld tragen, doch angst und bange zu werden beginnt vor dem kommenden Volksgericht.

In diesem Sinne ist folgender „Aufruf“ zu verstehen, den ausgerechnet der „Landesverband bayerischer Viehhändler“, diese besonders ehrenwerte Volks-„beglückungs“-Gesellschaft, an den gesamten bayerischen Viehhandel soeben erläßt:

„Dem bayerischen Lande, **insbesondere dem** bayerischen Hochland und vor allem München, **drohen die ernstesten Gefahren in Hinsicht** auf die **Ernährung der Bevölkerung**, vor allem mit Fleisch. **Auf der einen Seite** führen die **Auswirkungen der Jahreszeit und** die unselige **Markentwicklung zu einer** gefährlichen Verminderung des Angebots, auf der anderen Seite steigert sich der Bedarf ganz **außergewöhnlich infolge eines** nie gesehenen Fremdenaustromes nach Bayern.

Nicht um eine unmögliche Preisregelung (Aha! Respekt vor dem unergründlich tiefen Geldsack der Viehhändler! Die Schriftl.) **zu versuchen, sondern einzig aus Sorge** (Gott, wie rührend diese Sorge dieser Volksauswucherer! Die Schriftl.) **um die Versorgung der einheimischen Bevölkerung fordern wir vom gesamten bayer. Viehhandel, vorübergehend jeden unmittelbaren Export von Schlachtvieh vom Lande weg zu unterlassen, ebenso jeden Verkauf von Schlachtvieh an Exporteure auf dem Lande draußen,** so daß das gesamte Schlachtvieh, soweit es nicht draußen benötigt wird, auf die bayerischen Schlachtviehmärkte **kommt**. Auch die landwirtschaftlichen Organisationen werden in diesem Sinne handeln. Auf den Märkten selbst hält der Handel nach wie vor die Sperrzeit von einer halben Stunde gegenüber dem Export zugunsten des lokalen Bedarfes weiter aufrecht.

Es wird dafür gesorgt werden, daß den Händlern, die ihren Kollegen in den Rücken fallen wollen, scharf auf die Finger gesehen wird (???). Der Landesverband erwartet (!) auf das bestimmteste, daß der gesamte bayerische Viehhandel diese freiwillige **Beschränkung der Handelsfreiheit** während der genannten Zeit auf sich nimmt und dadurch das **Ansehen seines Standes** (has schon lange unter dem Nullpunkt steht. Die Schriftltg.) und seiner Organisation fördert.

Weiter erwartet der Landesverband von der Regierung, daß sie alle Maßnahmen trifft, um Rechtssicherheit und möglichste Marktfreiheit auch in Bayern **wieder herzustellen. Der Landesverband hat der Regierung erklärt, daß** nur unter dieser Voraussetzung der bayerische Handel die freiwillige Beschränkung auf sich nehmen kann. **Der bayerische Viehhandel wird** das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen.“

Dieser Aufruf ist wahrlich der Gipfelpunkt von Schaumschlägerei und Heuchelei. Aus welchem Holz die Mehrheit der Mitglieder dieses höchst ehrenwerten Verbandes geschnitzt ist, geht u. a. aus folgenden **neuen** Verurteilungen von Viehhändlern hervor, die uns soeben gemeldet werden:

Passau, 11 Juli. Wegen Schleichhandels und Beihilfe zum Schleichhandel beim Zusammenkauf und Weiterverkauf von Schlachtpferden und anderen Viehstücken wurden von der Strafkammer Passau verurteilt: Händler Schörner zu 2½ Monaten Gefängnis und 5 Mill. Mark Geldstrafe, Viehhändler Rieger zu zwei Monaten Gefängnis und 5 Millionen, Viehhändler Buchner um 6 Millionen, Unterhändler Heller zu 14 Tagen Gefängnis und 1 Million, Händler Wunderlich zu 4 Millionen, Händler Haumann zu 1 Million und Gasthofbesitzer Garhammer zu 1 Million Geldstrafe.

Hof, 11. Juli. Zu einer Geldstrafe von 10 Millionen Mark verurteilte das hiesige Wuchergericht den 22 Jahre alten Viehhändler Gustav Schön von Wölsau, der durch Viehverschiebungen wesenlich zur Verteuerung der Viehpreise in Nordoberfranken beigetragen hat. Wegen Preistreiberei wurde ferner ein Übergewinn von 2,8 Millionen Mark eingezogen.

Wir verzichten darauf, uns heute noch weiter mit diesem höchst ehrenwerten Verbande zu beschäftigen — auf 600 Bayern je **ein** Viehhändler — und teilen dafür unseren Lesern die erfreuliche Kunde mit, daß das **Landesamt für Viehverkehr** endlich **das** Mittel gefunden hat, um der Fleischnot und der Fleischverteuerung ein radikales Ende zu bereiten. Es ließ nämlich im Zusammenhang mit den neuen Maßnahmen (Hahaha!) zur Sicherung der Fleischversorgung an die Schlachthofdirektionen München, Nürnberg, Würzburg und Augsburg Weisung dahin ergehen, für jeden Markt ein **Verzeichnis** derjenigen Viehhändler und sonstigen Organisationen aufzustellen und vorzulegen, welche die betreffenden Märkte mit Schlachtvieh beschickt haben. Das weitere Vorgehen gegen solche Händler, welche die genannten Märkte vorher beschickt haben, sie aber nun meiden und Vieh aus Bayern exportieren, behält sich das Landesamt vor.

Wenn dieser Papierfetzen nicht aus unserer Fleischnot hilft, dann sind die hohen Behörden mit ihrem Latein zu Ende! Sie packen dann ihre Koffer und überlassen den Kampf gegen die Fleischnot und Fleischverteuerung **restlos** dem „Landesverband bayerischer Viehhändler“.

Münchener Beobachter

Von morgen ab . . .

In den zwei Wochen seit 1. Juli hat sich eine neue Redensart eingebürgert, die jeder Tag für Tag zu hören bekommt, ob er will oder nicht. Diese Redensart lautet: „Von morgen ab . . .“ Von morgen ab also kostet das Fleisch, die Semmel, das Bier usw. Bald kommt das eine dran, bald das andere. Und wenn der Kreislauf geschlossen ist, geht's wieder von vorne an. Und dieses Vonvorneau wiederholt sich gar häufig bei der jetzt nur mehr 24stündigen Geltungsdauer der Preise.

Die Preisbildung des täglichen Bedarfs ist damit in das Stadium der Anarchie eingetreten. Das Anarchische dieses Zustandes wird im Eiltempo weiter um sich greifen. Es wird gar nicht mehr ernsthaft der Versuch gemacht, dem Einhalt zu gebieten. Man erklärt sich für machtlos und läßt dem Unheil seinen freien Lauf. Die Masse der Bevölkerung steht entsetzt, verharrt in dumpfem Schweigen und sucht sich so oder so über Wasser zu halten.

Hinter der Miene der Gleichgültigkeit und des zwangsläufigen Sichfügens steht die Verzweiflung, lauert die machtlose Wut zur Gegenwehr.

Die psychologische Wirkung dieser in den Massen um sich fressenden Stimmung ist die Zermürbung unserer Volksgenossen, eine Zermürbung, gegen die all das Vorausgegangene in den letzten Jahren nur ein Vorspiel war. Das Schlußergebnis dieser Zermürbung läßt sich klar wie ein Rechenexempel voraussehen. Die Franzosen können daran ihre helle Freude haben und genau so wie seinerzeit im Kriege höhnisch grinsend sagen: „Für uns arbeitet die Zeit.“ Das deutsche Volk wird wiederum wie damals im Kriege, nur in anderer, noch raffinierterer Form, von fluchwürdigen Kreaturen, dahinter Alljudaan steckt, seinen Feinden zum Opfer gebracht.

Kein Finger rührt sich in deutschen Landen dagegen. Die „Regierenden“ erklären sich für machtlos. Wann aber hat es je in der Geschichte ein Volk gegeben, das Machthaber an seiner Spitze duldete, die selbst ihr Unvermögen und ihre Energielosigkeit zugeben? Und hat es je in der Geschichte Machthaber gegeben, die ihre Machtlosigkeit zugestanden und dennoch ein Volk „regierten“? Niemals! Das blieb bis jetzt dem armen deutschen Volke vorbehalten. Dauert diese Anomalie noch lange, dann, dann werden uns eines Tages unsere Feinde sagen: „Von morgen ab — — hat das Deutsche Reich aufgehört, zu existieren.“ Ra.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Der Schwerpunkt des hohen Druckes ist ganz auf den Kontinent übergetreten, so daß mit der Fortdauer des heiteren Wetters gerechnet werden kann. Die Temperaturen werden noch weiter ansteigen.

Wettervorhersage für Freitag, den 13. Juli: Wetterlage unverändert.

*

Schlageter-Denkmal. Der vorläufige Arbeitsausschuß für das Schlageter-Denkmal teilt mit, daß die Postscheckkontonummer der Deutschen Bank, Filiale München, Lenbachplatz 3, nicht 53721 sondern 25289 ist.

Ein „Stadtratgeschenk“ zum Turnerfest. Der Stadtrat hat die Straßenbahntarife neuerdings erhöht. Der Tarif tritt am Samstag, 14. Juli, in Kraft. Im **Stadtnetz**, und zwar im Barverkehr sind die Sätze nun folgende: Von Beginn des Betriebes bis 12¼ Uhr nachts an Werktagen eine Teilstrecke 2000 Mark, zwei Teilstrecken 3000 Mark, mehr als zwei Teilstrecken 4000 Mark, an Sonn- und Feiertagen eine Teilstrecke 2000 Mark, mehr als eine Teilstrecke 3000 Mark. Von 12¼ Uhr nachts bis zum Beginn des Frühbetriebes an allen Tagen Einheitspreise 5000 Mark. Personalfrühwagen an allen Tagen Einheitspreis 3000 Mark, Gepäcktarif Einheitspreis 2000 Mark. Die Fahrpreise auf den **Außenstrecken**, den Garantiestrecken, sowie die Zeitkartenpreise erfahren eine entsprechende Erhöhung. Monats-, Netz- und Streckenkarten haben ab 14. Juli ohne Zeitbeschränkung Gültigkeit.

Armeemuseum. Das Armeemuseum bleibt am **Sonntag, 15. Juli**, wegen des Turnerfestzuges geschlossen, dagegen ist das Museum am Samstag, 14. Juli, ausnahmsweise von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

1800 Meter hoch mit dem Motorrad. Der in Kraftfahrer- und Fliegerkreisen bestens bekannte Bruno Büchner hat heute, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, mit seiner 4,5-P.S.-Wanderer-Serienmaschine auf Exzelsiorreifen eine Fahrt auf das 1770 Meter hohe Purtschellahaus am „Hohen Göll“ **zurückgelegt. Diese Fahrt ist bei Berücksichtigung der außerordentlich schlechten Wegverhältnisse (Steigung über 30 Grad, Wegbreite bis zu 60 Zentimeter, an Abgründen von mehreren hundert Metern) eine sportliche Kraftleistung allerersten Ranges. Wie wir erfahren, ist Büchner Parteigenosse. Wir gratulieren dem tollkühnen Fahrer, dem von den erstaunten Bewohnern und Gästen des Purtschellahauses eine verdiente Ovation bereitet wurde, herzlichst.**

Zugsverkehr. Der an Mittwochen, Samstagen und Sonntagen zwischen München-Ost und Erding regelmäßig verkehrende Nahpersonenzug 4099, München-Ost ab 11 Uhr **vormittags**, wird vom 13. mit 20. Juli zwischen München-Ost und Schwaben täglich gefahren.

Schulbeginn an den höheren Lehranstalten nach den Sommerferien. Der 1. September fällt im laufenden Jahre auf einen Samstag. Daher wird nach einer Bestimmung des Ministeriums für Unterricht und Kultus der Unterricht an sämtlichen höheren Unterrichtsanstalten nach den Sommerferien am **Montag, 3. September**, wieder beginnen.

Helft unserer akademischen Jugend! Die fortschreitenden Preissteigerungen für Lebensmittel, Heizmaterial und Arbeitslöhne zwangen den Verein Studentenhaus den Normalpreis für eine Mahlzeit in den Studentenküchen ab 9. Juli von M. 3000 auf M. 5000 zu erhöhen. Nahezu die Hälfte der in den Küchen speisenden Studierenden, gegen 1200, erhalten jedoch die Mahlzeit zu ermäßigten Preisen von 4000 Mark bis 1000 Mark, je nach ihrer Bedürftigkeit. Diese Ermäßigungen erfordern für den Rest des Monats Juli einen Zuschuß von 116 Millionen. Nur dank der neuen Papstspende ist der Verein Studentenhaus in der Lage, diesen außerordentlichen Zuschuß wenigstens für die nächsten Monate zu gewähren. Die fortschreitende Teuerung läßt den Verein mit allergrößter Sorge dem Wintersemester entgegensehen, wenn nicht jetzt durch die im erhöhten Maß einsetzende dankenswerte Hilfe der bayerischen Landwirtschaft uns die notwendigsten Vorräte an Mehl, Eiern, Kartoffeln und Fett zugeführt werden können.

Sylvain Loeb nicht am Pranger. In Ausgabe 135 veröffentlichten wir nach dem „Bayerischen Kurier“ unter der Überschrift „An den Pranger“ eine Liste von bayerischen Firmen, die Mitglieder der französischen Handelskammer sind. **Sylvain Loeb** in Köln a. Rh. legt in einer Zuschrift an uns Wert darauf, mitzuteilen, daß die Aufnahme seiner Firma in das 6. Bulletin dieser Handelskammer ohne sein Wissen und Wollen erfolgte. Hoffentlich richtet Sylvain Loeb auch ein entsprechend deutliches Schreiben an die französische Handelskammer.

Nochmals der Exzeß in Grünwald. Die Altheimereckerin behauptete bekanntlich, daß die aus Männern und Frauen bestehende Gesellschaft, die im April unter dem Einflusse des allzu reichlich genossenen Alkohols einen Zusammenstoß mit der Polizei hatte, aus Mitgliedern unserer Partei bestand, und nahm in ihrer frechen Verlogenheit diese Anschuldigung auch dann nicht zurück, als der Dipl.-Ing. Walter Kirchhoff im Namen der ganzen Zechkumpanei eine Erklärung in unserem Blatte veröffentlichte, daß weder er noch die anderen irgend etwas mit der N.S.D.A. zu tun hätten. Nun erfahren wir heute aus bester Quelle dazu, daß einer von den Zechbrüdern, der Kaufmann Hans **Söllner**, Comeniusstr. 1, **früherer Kommandeur der Dachauer Auergardisten** war und sich als solcher sehr hervortat, also wahrscheinlich auch heute noch den Marxisten sehr nahestehen dürfte.

Danziger Sänger in München. Gestern mittag ist der auf einer Rundreise durch Deutschland befindliche **Danziger Lehrergesangverein** in Stärke von mehr als 200 Sängern, mit dem Musikdirektor Fritz **Binder** als Chormeister aus Stuttgart kommend, in München eingetroffen, nachdem die Danziger bisher in Preußen, Sachsen und Württemberg Besuche abgestattet hatten. Bei der Ankunft in München wurden herzliche Begrüßungsansprachen gewechselt. Nach dem Münchener Aufenthalt wird die Sängerfahrt nach Innsbruck fortgesetzt werden.

Erste Folgen der „Mantel-Note“. Zu welchen unliebsamen Zwischenfällen die neue Verordnung bezüglich des Verbotes des Tragens von uniformähnlichen Kleidungsstücken führen kann, beweist der nachfolgende, nahezu belustigend wirkende Zwischenfall, den uns ein Augenzeuge mitteilt: Als ich heute früh ¾8 Uhr meinen gewohnten Weg ins Geschäft ging, begegneten Ecke der Türken- und Adalbertstraße zwei scheinbar aus ihren Quartieren kommende auswärtige Turnfestgäste einander, welche in feldgrauer Mannschaftsuniform mit Tornister, aufgeschnalltem Mantel und Brotbeutel, den sie am Leibriemen trugen, auf einen Schutzmann stießen, der sie auch richtig wegen ihrer vorschriftswidrigen „aufreizenden“ Kleidung zur Rede stellte. Selbstverständlich hatten die beiden von der neuen Verordnung keine Ahnung, da sich nicht jeder sofort bei der Ankunft am Bahnhof eine Tageszeitung kauft, um genauestens darüber orientiert zu sein, in welcher Kleidung man in München spazierengehen darf. Ich denke mir, daß die Fremden, welche sich keine eigens angefertigten Touristenanzüge leisten können und natürlich in ihrer lieben alten Uniform wandern, nun alle vor der Tatsache stehen, sich bei den großen Konfektionsfirmen Münchens neue Anzüge kaufen zu müssen, was den israelitischen Besitzern derselben recht angenehm wäre. Selbstverständlich mußte der Polizist die beiden laufen lassen, da es vielleicht doch gegen ein älteres Gesetz der Sittlichkeit verstoßen würde, wenn die beiden ihre Uniform über den Arm genommen hätten und . . . — Solche Vorfälle werden sich genug in München zutragen, wenn die „Mantel“-Note nicht schleunigst in einen Mantel sie umstoßender Ausführungsbestimmungen gehüllt wird.

Schwere Unfälle. Bei der **Friedenheimer Brücke** nächst Laim wurde beim Überschreiten der Geleise der 18 Jahre alte Hilfsarbeiter Bernhard **Eschbaumer** von einer Leermaschine überfahren, die ihm den **Kopf vom Rumpf trennte**. — In **Landsham** bei Feldkirchen rannte am Mittwoch ein mit seinem **Motorrad** nach München fahrender Fahrradhändler mit einem **Auto** zusammen. Er und ein hinter ihm sitzender Taglöhner **Sesser** wurden herabgeschleudert. Letzterer erlitt einen **Schädelbruch**, der Fahrradhändler einen komplizierten linken **Unterschenkelbruch**. — In einem Anwesen an der Blumenstraße **stürzte** ein 40 Jahre alter Hilfsarbeiter von einem **Gerüst** ab. Er erlitt einen **Schädelbruch**. — Durch **Einstürzen** einer Mauer bei Maffei erlitt ein 27 Jahre alter Hilfsarbeiter **Kopf- und Armverletzungen**. — Im **Rangierbahnhof Berg** am Laim wurde der Rangiergehilfe Ludwig **Königbauer** beim Rangieren von anrollenden Wägen überrannt. Er erlitt **Hüften- und Gesäßverletzungen**.

Kleine Chronik. In **Oberföhring** wurde am Mittwoch die **Leiche** einer Schlossersfrau geborgen, die am 2. Juli von der Wittelsbacherbrücke aus in die Isar sprang und ertrank. Motiv: Schwermut wegen der Teuerung. — Zu **Leutkirch** in Württemberg **vergiftete** sich ein 62 Jahre alter Buchhändler aus **München** wegen finanzieller Schwierigkeiten. — In einem Anwesen an der Prinzregentenstraße fiel ein 19 Jahre altes Dienstmädchen in einen **Kübel mit heißem Wasser**. Sie erlitt Verbrennungen am rechten Arm. — Eine goldene **Damenuhr**, Wert 10 Millionen Mark, wurde aus einer Wohnung an der Herschelstraße **gestohlen**. — Bei einem **Einbruch** in einen Friseurladen am Färbergraben wurden 20 Rasiermesser, 3 Haarschneidescheren u. a., Wert 2 Millionen Mark, **gestohlen**. — Vergangene Nacht erbeuteten **Auslagenkastendiebe** in der Karlstraße einen Ika-Photoapparat, fünf Feldstecher und Theatergläser (Firma Voigtländer), Wert 25 Millionen Mark. — Am Dienstagnachmittag **erschoß** sich vor der Kirche in Solln ein 25 Jahre alter unbekannter **Mann**. Der Selbstmörder war 1,80 Meter groß, schlank, hatte schwarze Haare, das Gesicht glatt. Er trug grauen Anzug, grauen Hut mit schwarzem Band, weißes Hemd mit lila Streifen und braune Socken mit lila-weißen Streifen. In den Taschen fand man ein Damentaschentuch, gez. C., und ein Herrentaschentuch, gez. J. K. Mitteilung Vermißtenamt Polizeidirektion München. — In der Görresstraße wurde der 65 Jahre alte Kunstmaler **Richard Lang tödlich vom Schlage getroffen**. — Bei einer **Filmaufnahme** in der Schenkerstraße lief ein Hilfsarbeiter in einen mit zwei Pferden bespannten griechischen Wagen hinein, wurde überfahren und erlitt einen Schlüsselbeinbruch, Arm- und Kopfverletzungen. — In **Eschenlohe** bei Murnau erbeuteten Diebe fünf Tabakdosen mit gemalten Bildern im Kunstwert von 5 Millionen Mark.

Die städt. Volksbibliothek (Rosental) ist am 14. Juli 1923 zum Zwecke des Büchersturzes geschlossen. Es sind daher alle entliehenen Bücher in der Zeit vom 16. bis 21. Juli 1923 während der regelmäßigen Bibliothekzeiten zurückzuliefern, widrigenfalls gebührenpflichtige Mahnung erfolgt. Die Wiedereröffnung der städt. Volksbibliothek findet am Samstag, den 1. September 1923 statt.

„Deutsches Haus“ (früher Hotel Fahrig). Als ich vor einigen Tagen in Gesellschaft mittags im Hotel „Deutsches Haus“ speiste und mir die Weinkarte bringen ließ, fand ich auf dieser eine große Anzahl französischer Weine stehen. Da ich zuerst glaubte, die Weine wären vielleicht durch irgend ein Versehen nicht von der Karte gestrichen worden, fragte ich den Ober, ob man die französischen Weine bestellen könne, was dieser mit verblüffender Selbstverständlichkeit und erheblichem Eifer bejahte. Als ich mich dahingehend äußerte, daß doch jetzt — wo wir fast täglich neue Gewaltakte und Greueltaten der Franzosen aus Rhein- und Ruhrgebiet vernehmen und Deutschland fast zusammenbricht unter den Lasten der „Erfüllung der Reparationen“ — daß jetzt doch wirklich nicht die Zeit sei, französische Weine zu trinken, erklärte mir der Herr, daß er die Weine eben gekauft habe, sie nicht liegen lassen wolle und er sie deshalb eben verkaufe. (Natürlich zu entsprechend hohen Preisen. Das versteht sich bei — so wird uns von einem Leser geschrieben — dieser Geschäftswichtigkeit ja von selbst!) Denn es müssen doch wieder neue Weine eingekauft werden — wieder französische! Das Hotel, das sich „Deutsches Haus“ nennt, macht seinem schönen Namen wenig Ehre. Es ist traurig, wenn sich Geschäftsleute in einer Zeit, wo es gilt, mit allen Kräften für das Vaterland einzustehen, auf diesen Standpunkt stellen. Dies dem „geschäftstüchtigen“ Herrn zum Bewußtsein zu bringen, wäre eine Arbeit, die sich lohnte!

Die Wahrheit über die schwarze Schmach. Den Lügen der Franzosen im Auslande, daß im besetzten Gebiet von ihnen keine farbigen Franzosen verwendet würden, tritt die vom **Deutschen Notbund gegen die schwarze Schmach** herausgegebene **Monatsschrift „Die Schmach am Rhein“ in ihrer neuen Nummer mit einem gewaltigen Beweismaterial entgegen. Die Zeitschrift enthält** u. a. **Material aus der Denkschrift des deutschen Reichsinnenministers,** amtliche Berichte über die von den farbigen Franzosen in der Pfalz in der jüngsten Zeit verübten Ausschreitungen und Schandtaten sowie Kundgebungen führender Parlamentarier Englands und Italiens. Die Geschäftsstelle des Notbundes (München, Finkenstraße 2, Tel. 25762) versendet die in allen Weltsprachen erscheinende Zeitschrift unentgeltlich an ihr aufgegebene Auslandsadressen.

H. Scheibers Münchener Straßenverzeichnis, das sich durch dreißig Jahre als der bewährteste Münchener Führer erwiesen, ist soeben neu erschienen. Es enthält wiederum 40 neue Straßen und Plätze mehr und gibt Aufschluß über Lage jeder Straße, zu welchem Stadtteil, Bezirk, Standes- und Polizeiamt sie gehört, welches Postamt dafür zuständig ist und durch welche Straßenbahnlinie sie am besten erreichbar ist. Außerdem findet man in dem Verzeichnis alle Straßen und Plätze von Pasing, Dachau, Grünwald, Solln, Großhadern, Trudering, Obermenzing usw. In einem ausführlichen Anhang findet sich eine praktische Zusammenstellung aller städtischen und staatlichen Dienststellen, Behörden, öffentlichen Gebäude und aller Sehenswürdigkeiten mit Angabe der neuesten Besuchszeiten usw., sowie ein genaues Verzeichnis aller Straßenbahnlinien. Ein zweifarbiger Stadtplan bildet den Abschluß. Das Münchener Straßenverzeichnis erscheint zum billigen Grundpreis von 50 Pfg. mal Buchhandelsindex im Verlag von Mages & Müller, Baaderstr. 17, und ist durch alle Buchhandlungen, Schreibwaren- und Zeitungsgeschäfte, wie auch beim Verlag und bei H. Scheiber, Mengestr. 44, zu beziehen.

*

Eine neue Sparmethode. Das Konservieren von Nahrungsmitteln hat den Hausfrauen bisher viel Kopfzerbrechen gemacht. Das Einkochen erfordert immer viel Zeit und viel Heizmaterial, so daß schließlich manche Hausfrau vom Einkochen absah. Diese Mängel sind behoben, wenn Sie sich des „Hermetisators“ bedienen, der, seit mehreren Jahren ausprobiert, das einfachste Konservierungsverfahren darstellt, wofür Gutachten von Nahrungsmittelchemikern und erfahrenen Hausfrauen vorliegen. „Hermetisator“ spart Kohle, Zeit und Geld. Die zartesten Früchte behalten ihr gutes Aussehen sowie ihr gutes Aroma, während Fleisch und Gemüse ihren vollen Nährwert und ihre Wohlbekömmlichkeit behalten. Außerdem können auch Butter, Eier, Käse, Wurst, Zitronen, Hefe usw. frischgehalten werden. (Beachten Sie bitte das heutige Inserat!)

*

Bestattungen

am 19. Juli.

Südfriedhof. Franz X. Bauer, Kaufmann, 78½ J., 3½ Uhr.

Ostfriedhof. Klara Postl, Privatiere, 76 Jahre, 2½ Uhr. — Maria Winkmaier, Färbermeisterswitwe, 78 Jahre, 2 Uhr. — Georg Guck, Steuerbetriebssekretär, 50 Jahre, 3 Uhr. — Veronika Eberhart, Viktualienhändlerswitwe, 77 Jahre, 3½ Uhr. — Agathe Zweckstetter, Vorarbeitersgattin, 34 Jahre, 2½ Uhr. — Kath. Schwarz, ehem. Kinderfrau, 81½ Jahre, 2¼ Uhr. — August Fricke, ehemaliger Schreiner, 73 Jahre, 3½ Uhr. — Therese Hölzlmann, Gärtnersgattin, 48 Jahre, 2½ Uhr. — Maximiliana Hofner, Maschinenarbeitersgattin, 47 Jahre, 2 Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing). Lorenz Zenger, Gastwirt, 57 Jahre, 2½ Uhr. — Joseph Pessenbacher, ehem. Eisendreher, 76 Jahre, 3½ Uhr. — Paul Gerstmeier, ehem. Metzgermeister, 64 Jahre, 2¾ Uhr. — Maria Kerndler, Steinmetzwitwe, 82 Jahre, 3½ Uhr.

Westfriedhof (Moosach). Michael Gruber, Baumeister, 80 Jahre, 3 Uhr. — Therese Stadler, Tapeziererstochter, 11 Jahre, 1½ Uhr.

Berg am Laim. Therese Fischer, Taglöhnerswitwe, 70 Jahre, 10 Uhr früh.

*

Bayern

Erklärung zum Fuchs-Machhaus-Prozeß

Die „Münchener Post“ vom 10. ds. Monats, Nr. 157, schreibt in einer Besprechung des Fuchs-Machhaus-Prozesses: „Es fällt dem Frick gar nicht ein, die ungeheuerlichen Dinge, die er von seinem früheren politischen Mitarbeiter Fuchs gehört, sofort seiner Dienstbehörde zur selbstverständlichen weiteren staatsanwaltschaftlichen Behandlung zu melden.

Ich habe meine Zeugenaussage in dem Prozeß mit den Worten eingeleitet, daß ich über das mir vom Staatsanwalt mitgeteilte Beweisthema meiner Unterredung mit Professor Fuchs ohne Verletzung des Amtsgeheimnisses aussagen könne, da diese Unterredung nach Ansicht meiner vorgesetzten Behörde rein **privaten** Charakter trage.

Die Frage, wie ich die durch die Unterredung erlangten privaten Kenntnisse **dienstlich** verwertete, gehörte nicht zu dem Beweisthema. Sie fällt unter das Amtsgeheimnis. Hierüber auszusagen, war ich weder in der Verhandlung noch bin ich heute ohne Genehmigung meiner vorgesetzten Behörde in der Lage.

Im übrigen wurde durch das Ergebnis der Beweisaufnahme trotz aller Verdrehungskünste zweifelsfrei festgestellt: Am 26. Februar 1923, dem Tag meiner Unterredung mit Professor Fuchs war das Verbrechen desselben bereits vollendet, dem Ministerium des Innern, dem Polizeipräsidenten und der politischen Abteilung der Polizeidirektion bereits seit 20. gleichen Monats genau bekannt und die Festnahme des Professors Fuchs beschlossene Sache.

München, den 11. Juli 1923.

Dr. Frick,
Oberamtmann bei der Polizeidirektion.

Die Milchverbilligungsumlage

München, 12. Juli.

Der Landtagsausschuß beschäftigte sich heute mit den bekannten Anträgen auf Aufhebung der Milchumlage der Landwirte. Die Anträge werden begründet mit dem Hinweis, daß die Beibehaltung der Milchumlage neben der Zwangsanleihe für die Brotverbilligung zugunsten der Minderbemittelten eine unerträgliche Belastung der Milchbauern bedeuten und notwendigerweise zu einem Rückgang der Produktion führen müßte.

Der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums betonte die Notwendigkeit, die bisherige Milchverbilligungsaktion beizubehalten und bezeichnete es als fraglich, ob das Reich aus den Erträgnissen der Zwangsanleihe neben der Brotverbilligung auch noch Mittel für die Milchverbilligung bereitstellen könne.

In der Aussprache wurde allseits anerkannt, daß die Milchverbilligung für die Minderbemittelten aufrecht zu erhalten sei, doch dürfte man die Kosten nicht dauernd einseitig nur einem Stand auferlegen. Die Regierung wurde ersucht, mit den Milcherzeugern und den Verbrauchern eine Neuregelung der Frage herbeizuführen.

Auf eine Frage erklärte die Regierung, es sei beabsichtigt, zur wöchentlichen Notierung des Milchpreises überzugehen. Der Regierungsvertreter sprach im übrigen der Bauernschaft den Dank aus, daß es durch das von ihr übernommene Opfer möglich war, monatlich viele Millionen für die Milchverbilligung aufzuwenden (zur Zeit achthundert Millionen).

Schließlich wurde ein Antrag Eichner in folgender Form angenommen: Es sei bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß neben den Mitteln zur Brotverbilligung auch erhöhte Reichsmittel zur Verbilligung der Milch für Minderbemittelte zur Verfügung gestellt werden, damit ein Ausgleich in der Belastung der Milchproduzenten herbeigeführt werden kann. Außerdem wurde ein demokratischer Antrag angenommen, die Regierung solle dem Landtag Mittel und Wege vorschlagen, die geeignet sind, die Milchverbilligung voll und ganz aufrecht zu erhalten, aber die einseitige Belastung der Milcherzeuger zu beseitigen.

Bayer. Landesbauernkammer

München, 12. Juli.

In der 17. Vollsitzung der Landesbauernkammer wurden Rechnungsabschluß für 1922/23 und Voranschlag für 1923/24 genehmigt, die Kammerumlage um das 15fache erhöht. In einer Entschließung wurde Stellung genommen zu der Frage der Entreichlichung der ehemaligen bayerischen Staatseisenbahnen und die Wiederherstellung der bayerischen Verwaltungshoheit für das bayerische Eisenbahnnetz verlangt. Die Forderung ist mit einer Anzahl Beschwerdepunkte, so über die Außerachtlassung des Staatsvertrages, die fortdauernde Vereinheitlichungspolitik, die schematische Tarifierung, die Aufhebung bayerischer Lokalbahnhaltestellen u. a. begründet.

In einem weiteren Antrag fordert die Kammer eine gerechtere Einsteuerung der Landwirtschaft, eine Entkleidung des Steuerwesens von Agitationsbedürfnissen und eine sachliche wie formale Vereinfachung im Interesse der Steuerzahler wie der Finanzämter. Der im Reichstag eingebrachte sozialdemokratische Bodenreformantrag wird als erster Schritt zur Sozialisierung des Bodens und wegen der katastrophalen Wirkung auf die Produktion und Ernährung abgelehnt. Das Hilfswerk für die Pfalz in Form der Lebensmittelsammlungen soll fortgesetzt werden, die Landwirtschaft will sich auch heuer wieder an einem allgemeinen Hilfswerk für die notleidende Bevölkerung in ganz Bayern beteiligen.

Protestiert wurde gegen die neuerlichen Bestrebungen des Bayer. Brauerbundes, ein Hopfenausfuhrverbot zu erwirken. Auch eine Hopfenkontingentierung und die Aufhebung des Einfuhrzolles werden abgelehnt. Den Brauern wird empfohlen, ihren Bedarf unmittelbar beim Erzeuger zu decken.

Hinsichtlich der Erteilung der Viehhandelserlaubnis soll es bei der bisherigen Regelung durch eine Zentralstelle bleiben; ein und dieselbe Person oder Firma soll nach wie vor nicht gleichzeitig zum Vieh- und Pferdehandel zugelassen werden. Dem Dringlichkeitsantrag sämtlicher Kreisbauernkammern auf Verstärkung des Schutzes der Felder gegen Diebstähle wird beigetreten. — Die Landesbauernkammer forderte in ihrer Vollsitzung die vollständig freie Preisbildung für Milch und Milchprodukte, und vor allem rasche Anpassung der Frischmilchpreise an die allgemeine Entwicklung der wirtschaftlichen und geldlichen Verhältnisse durch wöchentliche Milchpreisfestsetzung. Alle staatlichen und sonstigen Eingriffe werden zurückgewiesen. Verlangt wird ferner die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen für Käse und die Beschränkung der Zwangsmilchlieferungen auf das zur Deckung des Milchnotbedarfs notwendige Maß. Zur Milchverbilligung sollen aus allgemeinen Mitteln Unterstützungsgelder bereitgestellt werden.

*

Für die Rückgabe der bayerischen Verkehrsbetriebe. Die Beamtenvereinigung der bayerischen Volkspartei nahm eine Entschließung an, worin zum Ausdruck kommt, daß die Zentralisierung der gesamten Wirtschaft das bayerische Volk aufs schwerste gefährde. Das geplante Reichsbahnfinanzgesetz würde diesen Zustand ins Ungeheuerliche steigern. Es wird daher die Rückgabe der Verkehrsbetriebe an das bayerische Volk gefordert. Damit solle keineswegs angestrebt werden, Bayern den Opfern zu entziehen, die das Deutsche Reich aus dem verlorenen Kriege zu leisten gezwungen ist. Der Vorwurf, daß mit der Rückgabe der Verkehrsbetriebe die deutsche Einheit gefährdet werden solle, wird mit Entrüstung zurückgewiesen. Es kommt zum Ausdruck, daß die Verkehrsbeamtenschaft auf Gedeih und Verderben mit der Wohlfahrt des Staates und Volkes verbunden, und auch davon überzeugt ist, daß die bayerische Volksgemeinschaft den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Beamtenstandes stets volles Verständnis entgegenbringen wird.

Ein unerhörter Wohnungsskandal

München, 11. Juli.

Die 6. S'chaft hält es für ihre Pflicht, der Parteileitung den besonders krassen Fall mitzuteilen, in den Pg. Geiger zur Zeit wegen seiner Wohnung verwickelt ist: G. hatte bis 1913 ein eigenes Häuschen in Gräfelfing, wohnte dann in Ottobeuren bis Kriegsende. Nach Kriegsende verzog G. möbliert nach Weimar, mußte deshalb die Wohnung in Ottobeuren räumen und stellte die Möbel unter. Als er im Jahre 1920 hierher kam, erhielt er hier zwei möblierte Zimmer in der Wohnung Ismaninger Straße 66/II links bei einem Herrn Innsbrucker, russischer Staatsangehöriger und Jude oder Judenstämmling. Nach anderthalb Jahren tauschte Pg. Geiger die zwei möblierten Zimmer gegen ein leeres Zimmer in der gleichen Wohnung und bezog dieses mit einem kleinen Teil seiner eigenen Möbel, machte dadurch zwei anderen Leuten Platz.

Seit G. bei der Partei ist, arbeitet sein Hauswirt mit allen Mitteln darauf hin, das Zimmer, welches vor dem Einzug des G. vom Hauswirt nie benutzt wurde, wieder leer zu bekommen, mit der Begründung, daß er (der Hauswirt) das Zimmer nun selbst brauche. Das ist eine glatte Lüge, denn wenn er drei Jahre ohne dieses Zimmer auskam, ist kein Grund einzusehen, weshalb er es jetzt derart plötzlich brauchen sollte.

Da das Mieteinigungsamt nicht zuständig war, erhob der Wohnungsinhaber Klage beim Landgericht auf Räumung. Dieser wurde stattgegeben. G. schlug beim Zivileinquartierungsamt, Jakobsplatz 6, vor, das Zimmer für ihn zu beschlagnahmen, dies wurde abgewiesen. Am Mittwoch, den 27. Juni d. J., erschien ein Gerichtsvollzieher in der Wohnung von G. und wies ihn darauf hin, daß er das Zimmer räumen müsse, widrigenfalls die Zwangsausquartierung eingeleitet werden müsse.

Es wurde nun G. auf dringlichen Vorhalt eine Frist von 14 Tagen gewährt, während welcher Zeit G. auf dem Wohnungsamte war, um eine andere Unterkunftsmöglichkeit zu finden (G. besitzt die rote Vordringlichkeitskarte seit 3 Jahren). Da ihm bis heute weder Antwort noch sonstige Wohnungszuweisung zugegangen ist, begab sich G. zur Gerichtsvollzieherei und erhielt eine weitere Frist von 3 Tagen. Nach dieser Frist muß, wenn die Wohnung nicht schon geräumt ist, unbedingt die Zwangsvollstreckung erfolgen.

Geiger befindet sich also in der unerhörten Zwangslage, daß ein russischer Staatsangehöriger, noch dazu Jude oder Judenstämmling, ihn auf die Straße setzt, um dann selbst drei Zimmer mit Zubehör zu bewohnen. Dieser Fall ist um so krasser, wenn man bedenkt, daß G. vier Jahre im Felde seine Pflicht getan hat, 16 Jahre verheiratet ist, seit dem Jahre 1914 kein eigenes Heim mehr besessen hat, und daß seine Frau durch diese unglaublichen Wohnungs- und Lebensbedingungen schwer leidend geworden ist, während auf der anderen Seite einem russischen Juden oder Halbjuden die Gelegenheit gegeben ist, einen deutschen Frontkämpfer auf die Straße zu setzen.

Geiger hat auf dem Wohnungsamte und dem Gerichtsvollzieher gegenüber erklärt, nachdem seine sämtlichen Bemühungen, die Sache auf friedlichem Wege zu regeln, fruchtlos verlaufen sind, er der Zwangsausquartierung äußersten Widerstand entgegensetzen werde.

13. Deutsches Turnfest

Turnereinzug in München

Mit dem, worüber in München seit Wochen viel geschrieben und gesprochen worden ist, wird's jetzt ernst: mit dem Einmarsch der auswärtigen Turner. Das Münchener Straßenbild zeigt denn auch bereits ein verändertes Bild. Am Marienplatz z. B. schon in früher Morgenstunde ein Menschengeschiebe und Gedränge, daß einem, wie der Münchener sagt, Angst werden könnte.

Es ist nicht mehr das Fremdenpublikum, das wir sonst um diese Zeit in München gewohnt sind. Dieses geht jetzt unter in der Masse anderer Gestalten, denen man es in ihrer ganzen Haltung ansieht, daß sie nicht lediglich des Vergnügens halber nach München kommen, sondern um eines edleren Zweckes willen. Es sind deutsche Turner, die als erste hier eingetroffen sind und diesen günstigen Umstand nun dazu benützen, sich unser München etwas anzuschauen. Und was man so von ihnen hört, gefällt es ihnen bei uns, schon auf die ersten Eindrücke hin, recht gut. Möge der Verlauf des Turnfestes dazu beitragen, daß diese Stimmung in den kommenden Tagen befestigt wird, und ihnen allen der Aufenthalt am Isarstrand zu einer bleibenden, wertvollen Lebenserinnerung wird.

Der Mittelpunkt des regen Lebens und Treibens dieser Ankunftstage liegt natürlich im Hauptbahnhof. Schon in der Vorhalle geht es kunterbunt durcheinander. Alle Dialekte der deutschen Zunge sind in Reinkultur vertreten. Um einen halbwegs glatten Ablauf des Verkehrs zu ermöglichen, ist der Zugang zum Bahnsteig mit Barrieren abgesperrt, und zahlreiches Aufsichtspersonal läßt nur Fahrgäste passieren. Neugierige und Bummler, an denen es bei derlei Anlässen ja nie fehlt, kommen also hier nicht auf ihre Kosten.

Mehr ist das schon der Fall, wenn man sich draußen auf dem Bahnhofplatz postiert. Dort sieht man alle die ankommenden Turner sozusagen frisch an der Quelle geschlossen vorbeimarschieren. Man kann dabei gleichzeitig ein wenig Geographie betreiben, was, wie das bekannte Scherzwort „Geographie schwach" andeutet, manchem nicht schaden soll. Da kommen sie also heranmarschiert, mit ihren Turnfahnen an der Spitze, der Erzgebirgische Turngau, Gau Niederelbe, Gau Mittelmulde usw. Alle schwer bepackt mit Rucksäcken, Taschen und Koffern. Frohgemut und bestgelaunt, wie sie alle sind, empfindet aber das keiner als Last, und frischen Schrittes geht es stadteinwärts.

Die einen Turnvereine haben sich ganz maskulin eingestellt, während andere hinwiederum in reichlicher Zahl Frauen und Mädchen mitgebracht haben. Ob das als Ausdruck der Vereinssatzungen oder als jeweilige „Stammeseigentümlichkeit" zu werten ist, habe ich bis jetzt noch nicht erfragen können. Soweit es auf uns Münchener ankommt, haben wir jedenfalls gegen den Zuzug „holder" Frauen durchaus nichts einzuwenden.

Ein Rundgang durch die Stadt zeigt aber auch, daß man in München nicht müßig ist und alles daransetzt, um den Feststraßen ein schmuckes Kleid zu geben. Am Marienplatz ersteht das altbekannte Fronleichnamsbild: rote Fronleichnamstücher, Tannengirlanden und Birkenbäumchen. Die Kaufinger- und Neuhauser Straße hinauf sehen wir aus den Fenstern heraushängende Kränze mit rot-weißen Bändern. Am Karlstor schließlich Tannenkränze mit weiß-blauen Schleifen. Die windbewegten schwarz-gelben und weiß-blauen Fahnen in dieser Straße geben dem Ganzen ein buntfarbiges Leben. Wenden wir uns vom Marienplatz nordwärts, so finden wir in der Dienerstraße den gleichen Fronleichnamsschmuck wie am Marienplatz.

Am Residenzplatz werden die Vorbereitungen zur weiß-blauen Ausschmückung getroffen. Der Monumentalität des Platzes wird eine die Maximilianstraße abschließende Grünhecke zustatten kommen. An der Feldherrnhalle werden über den drei Bogenöffnungen weiß-blaue Breitfahnen aufgezogen, wozu sich noch Kettengirlanden gesellen. Das Hofgartentor erhält seinen festlichen Schmuck in Gestalt von Lorbeerpyramiden. Am Wittelsbacher-Platz sind weißblau gestrichene Pyramiden aufgestellt. So läßt sich jetzt schon aus den vorliegenden Bruchstücken voraussagen, daß auch mit den bescheidenen Mitteln, die uns gegenwärtig zur Verfügung stehen, den fremden Gästen eine würdige und künstlerisch stimmungsvolle Straßenausschmückung wird geboten werden.

Soweit schon auswärtige Turner da sind, haben sie es sich nicht nehmen lassen, auch ihrerseits zu zeigen, daß sie uns was zu bieten haben. So hat am Donnerstag nachmittag eine Turner-Musikkapelle aus Sachsen ein Konzert gegeben, dessen überaus zahlreicher Besuch den Gästen bewiesen haben wird, welchen Anteil Münchens Bevölkerung an den kommenden Tagen nimmt.

Zum Schluß sei noch etwas ausgeplaudert, was wir sozusagen unter der Hand erfahren haben, was aber wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf den Münchener sozialistischen Stadtrat wirft. Es handelt sich um die Beflaggung, die sich jeder national gesinnte Deutsche nicht anders denken kann, als unter der Verwendung unserer ruhmbedeckten Farben Schwarz-Weiß-Rot.

Die Allgewaltigen im Stadtrat haben nun, um jedes allenfalls bei der Rathaus-Ausschmückung darauf abzielende Verlangen, wie sie meinen, bequem ablehnen zu können, das in den Beständen der Stadtverwaltung noch vorhandene schwarzweißrote Tuch beiseite geschafft und berufen sich heute und in Zukunft — aber nicht mehr allzulange — darauf, daß schwarz-weiß-rot nicht mehr vorhanden sei. Das aber auch in öffentlicher Sitzung zu bekennen, dazu bringen diese traurigen Helden den Mut nicht auf. Das schlechte Gewissen, das sie als Nutznießer der Novemberrepublik gegenüber Schwarz-Weiß-Rot haben, spricht daraus deutlich genug. An der Münchener Bevölkerung wird es liegen, daß dieses schlechte Gewissen auch seine entsprechende Vergeltung findet. Daß sie dazu auch entschlossen ist, zeigen die vielen schwarzweißroten Fahnen, die schon jetzt von den Häusern wehen.

Der Ostbahnhof hatte am Donnerstag die bayerischen Farben umgekehrt hochgezogen, und so wehte neben Schwarz-Rot-Gelb das zionistische Blau-Weiß ... Ra.

*

Mitbürger! Fahnen heraus!

Die ersten Sonderzüge aus dem engeren und weiteren Vaterlande, die liebe Gäste zum 13. Deutschen Turnfest nach Bayerns Landeshauptstadt bringen, treffen bereits heute Donnerstag in München ein.

Mitbürger! bringt Euren herzlichen Willkommengruß auch äußerlich zum Ausdruck! Gebt den Häusern ein festliches, frohgestimmtes Gepräge, laßt in den Straßen Fahnen und Flaggen wehen! Auch der Schmuck einzelner Fensterreihen und Einzelfenster mit Fähnchen in den Landesfarben bietet jedem Bürger die Möglichkeit, an dem Willkommgruß für unsere deutschen Turnbrüder mitzuwirken. — Also Fahnen heraus! Der Festausschuß.

Heraus mit Schwarz-Weiß-Rot!

Warum haben sich die maßgebenden Stellen nicht mehr dafür eingesetzt, daß die deutschen Farben Schwarz-Weiß-Rot als Straßenschmuck für die Festzugsstraßen in allererster Linie verwendet werden? Die überwiegende Mehrheit der hierher kommenden Turner wird nämlich das von dem deutschen München erwarten. Statt dessen ein feiges Sichherumdrücken durch neutralen einfarbigen Schmuck oder durch allzu großes Ausnützen der bayerischen Farben, letztere gerade in den Haupt- und Empfangsstraßen, als ob es sich um ein spezifisch bayerisches Turnfest handeln würde. Einzig und allein die Prinzregentenstraße, die entlegenste Festzugsstraße, will man mit deutschen Fähnchen ausrüsten, hofft dabei wohl im Stillen, daß diese schwarzrotgelb ausfallen werden, da ja dort zahlreiche Juden wohnen.

Es ergeht deshalb an alle Nationalsozialisten und Gesinnungsfreunde die dringende Aufforderung, die Einseitigkeit eines also „befohlenen" Straßenschmuckes zu durchbrechen und allüberall die Flagge Schwarz-Weiß-Rot zu zeigen!

Hochtönende Worte der Leitung von deutschem Volkstum, deutscher Freiheit und geflissentliches Meiden der deutschen Farben! Wo in aller Welt käme das noch vor?

Nun erst recht: heraus mit Schwarzweißrot!

*

Die Führer der von auswärts ankommenden Musikkapellen und Trommler sollen sich bei der Hallenleitung, Bureau des Festausschusses, Abteilung Musikausschuß, Halle 1, wegen Abhaltung von Konzerten melden.

Wie wir hören, wurde von auswärtigen Vereinen vielfach der Wunsch geäußert, daß sich Leute mit Einspännern und Handkarren zur Beförderung des Gepäcks am Hauptbahnhof bei Eintreffen der Sonderzüge zur Verfügung stellen.

*

Der Akademische Turnbund (ATB)

Eine besonders eindrucksvolle Gruppe im großen Festzug werden die Studenten des Akadem. Turnbundes (A.T.B.) bilden. Weit über 100 Chargierte als Vertreter der akademischen Turnvereine und -verbindungen von allen deutschen Universitäten und Hochschulen werden an der Spitze der studentischen Wettturner mit ihren Fahnen marschieren. Diese Wetturner in ihrer wirksamen Turnkleidung (auf der Brust den A.T.B.-Zirkel im weißen Turnerhemd und auf dem Rücken breiten schwarzen Streifen) werden als ein eigener Turngau den A.T.B. bei den Wettkämpfen und an einem Tage auch mit Sondervorführungen vertreten.

Bekanntlich ist der A.T.B. der einzige große studentische Verband, der mit allen seinen Korporationen geschlossen der deutschen Turnerschaft angehört, und im Laufe der Zeiten ist auch schon mancher bedeutende Führer der deutschen Turnerschaft aus den Reihen des A.T.B. hervorgegangen.

Der A.T.B. kann heuer sein 40jähriges Bestehen feiern. Mehrere große gesellschaftliche Veranstaltungen gelegentlich des Deutschen Turnfestes werden zu diesem Zwecke von den beiden Münchener A.T.B.-Korporationen, der A.T.B. Germania und Rugia, die beide in der hiesigen akademischen Sportwelt sehr wohl bekannt sind, vorbereitet.

*

Verkehr im Münchener Hauptbahnhof während des Deutschen Turnfestes 1923

Wegen des zu erwartenden Massenandranges in München-Hbf. durch die von Donnerstag bis Sonntag in ununterbrochener Folge ankommenden Turnersonderzüge werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Verkehrssicherheit im Hauptbahnhof folgende polizeiliche Absperrmaßnahmen getroffen:

1. Von Donnerstag, den 12. Juli, morgens 7 Uhr 45 an, bis auf weiteres ist der Zutritt zum Innern des Hauptbahnhofes durch alle seitlichen Eingänge von der Bayer- und Arnulfstraße aus gesperrt. Der Zugang zum Hauptbahnhof ist — wie während der Kriegszeit — nur durch den Haupteingang vom Bahnhofplatz aus möglich.

2. Der Abgang der ankommenden Reisenden usw. von den Zügen zur Stadt erfolgt ausschließlich durch die seitlichen Ausgänge nach der Bayer- und Arnulfstraße, nicht aber durch die Schalterhalle zum Bahnhofplatz.

3. Von der Schalterhalle zu dem Querbahnsteig werden nur Personen zugelassen, die im Besitz gültiger Fahrkarten oder Bahnsteigkarten sind.

4. Bahnsteigkarten berechtigen bei den abgehenden Zügen nur zum Betreten des Querbahnsteiges vor der Sperre, nicht aber der Längsbahnsteige zu den Zügen. Weitere Einschränkungen oder Sperrung für Bahnsteigkarten bleiben nach Bedürfnis vorbehalten.

5. Wer im Bahnhof nicht dringend zu tun hat, insbesondere alle Schaugäste, sollen dem Bahnhof fernbleiben! Jedes unnötige Verweilen im Bahnhof ist verboten! Bahnsteige und Schalterhalle dürfen nicht als Sammel- und Treffpunkte benützt werden.

*

Nord- und Mitteldeutsche Polizeischikanen

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Eben erfahre ich von einem mitteldeutschen Staatsbeamten, der zum Münchener Turnfest wollte, folgendes: Er wurde vom Polizeidirektor der betreffenden Stadt vorgeladen, und es wurde ihm, der der demokratischen Partei angehört, mitgeteilt, auf dem Münchener Turnfest sei eine völkische Kundgebung geplant. **Die Erlaubnis zur Reise nach München könne ihm nur erteilt werden, wenn er für sich und seine hiesigen Turnbrüder garantiere, daß... Es scheint, daß alle Polizeibehörden in Nord- und Mitteldeutschland die Anweisung von oben herunter haben, in diesem Sinne zu verfahren.**

Weiterhin wird mir mitgeteilt, daß der als national gesinnte Vorsitzende eines anderen Turnvereins schon vor sechs Wochen auf die Polizei zitiert wurde. Er wurde unter besonderem Hinweis auf das Münchener Turnfest gefragt, ob sein Turnverein auch Juden aufnehme.

Diese unerhörten Polizeischikanen werden jedenfalls dazu beitragen, die „freundschaftlichen" Beziehungen zwischen München einerseits und den mitteldeutschen Sowjetrepubliken und Severing-Preußen anderseits erfreulich zu stärken.

*

Zum Besuche der sudetendeutschen Turnerschaft

Ein Wort der Aufklärung an unsere bayerischen Volksgenossen.

In den nächsten Tagen schon werden etwa zehntausend sudetendeutsche Turner aus Deutschböhmen, Mähren und Schlesien die Grenze überschreiten, um als Träger und Schirmer des Deutschtums in der Tschechoslowakei an dem großen deutschen Turnfeste in München teilzunehmen. Und da ist es denn wichtig, unsere Brüder im Bayernlande darüber aufzuklären, von welchem Geiste der überwiegend größte Teil der sudetendeutschen Turner durchdrungen und erfüllt ist.

Die sudetendeutsche Turnerschaft spaltet sich — von den sozialdemokratischen Turnvereinen deutscher Zunge ganz abgesehen — in zwei getrennte Lager, und zwar in den „Deutschen Turnverband", Sitz Brüx, mit rund 900 Turnvereinen und 118 000 Angehörigen, und in den „Deutschen Turnkreis" (früher Kreis 15b der „Deutschen Turnerschaft"), welcher nur ungefähr 25 Turnvereine mit über 5000 Mitgliedern zählt. Da nun der „Deutsche Turnverband", der unter der zielbewußten Leitung des verdienstvollen Verbandsobmannes Joseph Truntschka, Brüx, steht, die deutscharische, also rein völkische Turnervereinigung, der „Deutsche Turnkreis", jedoch die nicht judenreine turnerische Körperschaft darstellen, bilden die judenfreundlichen deutschen Turner der Tschechoslowakei nur einen verschwindend kleinen Hundertsatz der 118 000 streng völkisch gesinnten Turner, von denen etwa ein Zehntel sich am Festzuge des Münchener Turnfestes beteiligen wird.

Und nun die Frage, die unsere bayerischen Brüder nach dieser Aufklärung gewiß auch interessieren dürfte: Wie unterscheiden sich die Mitglieder des judenreinen „Deutschen Turnverbandes" äußerlich von jenen des „Deutschen Turnkreises"? Nur ein klein wenig! Sowohl die Angehörigen des großen „Deut-

schen Turnverbandes" als auch jene des „Deutschen Turnkreises", der vollständig in jüdischem Fahrwasser segelt, tragen das schlichte Turngewand der Sudetendeutschen: graue Turnerjacke mit schwarzem Schlips, grauer Turnerhut mit grünem Bande, schwarze Hose (die Turnerinnen: blauer Rock, weiße, kurzärmelige Bluse, schwarzer Schlips) und auf der linken Brustseite ein schwarzrotgoldenes Vereinsband (in den national besonders schwer bedrohten Gebieten ein weißes mit schwarzem Ausdruck). Hierbei sei darauf verwiesen, daß Schwarzrotgold sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Österreich die Farben des national gesinnten Deutschen sind zum Unterschiede der gegenteiligen Bedeutung der gleichen Farben im Deutschen Reiche. Während aber die judenfreundlichen Turner kein Verbandsabzeichen haben, trägt der streng völkische Turner bzw. die ebensolche Turnerin oberhalb des schwarzrotgoldenen Vereinsbandes das Abzeichen des „Deutschen Turnverbandes", einen runden Metallknopf mit der Inschrift „Deutscher Turnverband" u. einem hakenkreuzförmig verschlungenen vierfachen „F" (Frisch, froh, fromm, frei!). Überdies ist auch aus dem Vereinsbande außer dem Namen des Vereins auch die Verbandszugehörigkeit ersichtlich.

Schon aus dem Verhältnis der Mitgliederzahlen beider angeführten Turnerschaften geht hervor, daß die meisten in München anwesenden sudetendeutschen Turner, deren größten Hundertsatz die Deutschböhmen stellen, streng völkischer, also judenreiner Gesinnung sind. Es ist der Geist Friedrich Ludwig Jahns, der den „Deutschen Turnverband in der Tschechoslowakei" so groß und mächtig gemacht, daß er heute die tonangebende deutsche Körperschaft dieses Reiches darstellt. Es ist der Geist Friedrich Ludwig Jahns, der den „Deutschen Turnverband" auf völkisch heiß umkämpftem Boden zu dem wichtigsten Hort unseres hartbedrängten Deutschtums werden ließ, weil er getreu blieb dem hehren Leitsatze, den Turnvater Jahn geprägt:

„Rassenreinheit, Geistesfreiheit, Volkseinheit!"

Sepp Watzlik, Teplitz.

*

Vaterländischer Abend in der Festhalle

Auch der fünfte Festabend erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Mit einem vaterländischen Vorspruch leitete Hofrat Sturn den Abend ein. Er führte in Gedichtform aus, wie das Deutsche Wort, die deutsche Sprache berufen sei, uns wieder zu einigen und das Deutschtum im Ausland mehr denn je zu vertreten. Das Deutschlandlied, von allen Anwesenden stehend gesungen, gab deren tiefem Empfinden Ausdruck. (Von gleichem Geiste waren Sturns Gedichte: „Der Schmied von Buer" u. „Die Fahnen" getragen.) Hervorragenden Anteil an dem Gelingen des Abends hatten die Männerchöre der Bürger-Sänger-Zunft München unter Trunks Leitung, die das Publikum zu langem Beifall hinrissen. „Lützows wilde Jagd" von Weber und „Vom Rhein" von Trunk mußten wiederholt werden.

In die Vorführungen teilten sich die Turngemeinde München, deren Damen Freiübungen brachten, und Jahn mit Freiübungen und Barrenspringen der Mädchen unter Frl. Deibeles Leitung. Der „Gesangsreigen" von Frl. Börner hatte wieder den gleichen Erfolg wie zwei Tage vorher, wie auch die Schleuderball-Akrobaten und die Vier Millons wieder außerordentlich gefielen.

Der Musik, von Fürst dirigiert, wäre etwas mehr Ruhe und Rücksichtnahme von seiten des Publikums zu wünschen. Die Fantasie aus „Tannhäuser", meisterhaft gespielt, litt sehr unter dieser mindestens „gleichgültigen" Haltung eines großen Teiles der Besucher.

Die akademischen Meisterschaften nahmen am Mittwoch ihren Anfang. Von Meisterschaften wurde nur der 400- und 1500-Meter-Lauf entschieden, den Waldmann bzw. Schröter in guten Zeiten errangen. — Die Beteiligung läßt heuer ohne ersichtlichen Grund sehr zu wünschen übrig. Lediglich 80 Teilnehmer stellten sich auf dem Platz an der Grünwalder Straße dem Starter. — Die Resultate folgen nach Beendigung der Kämpfe morgen.

*

Die feierliche Verkündung der Sieger in den Wettkämpfen der Münchener Jugend findet am Donnerstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, vor der Bavaria statt.

*

Deutsche Turn- und Sportfachausstellung München 1923. Die zum Deutschen Turnfest nach München kommenden Turner werden im städtischen Ausstellungspark eine Fachausstellung vorfinden, welche zwar auf nur eine Halle beschränkt, doch alles darbietet, was mit Turn- und Sportwesen in Beziehung steht und zwar lauter neuzeitliche, den heutigen Anforderungen der Turn- und Sporttechnik entsprechende Apparate und sonstige Hilfsmittel. Industrie und Technik haben alles zusammengebracht, was es auf diesem Gebiete erwähnenswertes gibt, und es ist eine Freude zu sehen, wie trotz unserer traurigen Zeit auch auf diesem Gebiete der Eifer und die Ausdauer nicht erlahmt sind u. das Turnwesen, das unsere zerschlagene Wehrmacht ersetzen soll, durch die technischen Fortschritte in einer Weise gefördert wird, daß so ziemlich alles vorhanden ist, was darauf hinzielt, das Turnen in großem Umfange zu betreiben.

Auch die Literatur sowohl in bezug auf das praktische Turnwesen wie auf die Theoretik ist hoch entwickelt und in der Ausstellung in einer Vielseitigkeit und Geschlossenheit zusammengebracht, wie wohl bisher auf keiner derartigen Ausstellung.

Eine hygienische Abteilung zeigt die neuesten und wertvollsten Erfahrungen nicht nur im Hinblick auf die Turnerei im allgemeinen, sondern namentlich auch daraufhin, daß dem Arbeiter außer seiner körperlichen Arbeit, die ihn zu nicht gesunder Körperhaltung zwingt, das rationelle Turnen eine Notwendigkeit ist.

Eine geschichtliche Abteilung zeigt die Entwicklung der bedeutenderen Münchener Turnvereine und der Deutschen Turnerschaft in einer von deren Geschäftsstelle in Berlin aufgemachten übersichtlichen Zusammenstellung.

Von bemerkenswerten Einzeldingen sind u. a. zu nennen: Abbildungen und ein Modell der neuesten deutschen Handelsschiffe, darunter auch das erst kürzlich in Verkehr gesetzte Paketfahrt-Dampfschiff „München", und eine durch einen glücklichen Zufall nach München gekommene Unterseebootsflagge.

Auf die alle Sparten des Turn- und Sportwesens umfassenden Einzeldinge hier einzugehen, ist nicht möglich. Es kann nur dringend empfohlen werden, diese sehenswerte und anregende Ausstellung eingehend zu besichtigen. Den Besuchern wird es willkommen sein, in dieser Ausstellung eine eigenartige Erfrischungsstätte anzutreffen, wo in anheimelnden Räumen die ausgestellten sportlichen Erfrischungsmittel abgegeben werden.

*

Am Samstag, 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, erscheint die Turnernummer des „Völkischen Beobachters". Deutsche Turner, verlangt überall den „Völkischen Beobachter".

Flugblätter. Im Verlag der nationalen Propaganda erscheint „**Die Sturmfahne**", Sondernummer in den Farben schwarz und rot. Begründer: Ernst Halbritter. **Turnerflugblatt**, mit Gedichten, von Karl Muth, Klingenbrunn. **Schlageter-Bildmarken.** Porträt in Uniform, mit Text: „Denkt an Schlageter". **Bergmannslied im Ruhrland**, komponiert von Marineleutnant Fischer. Am Samstag erscheint noch ein sehr gutes Bild von Kapitän Ehrhardt mit seinem Wahlspruch.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektionsversammlungen

Freitag, den 13. Juli 1923:

Sektion Pinakothek - Schwabing: Sektionsversammlung im Gasthof „Zum Hirschen", Türkenstraße 28. — Referent: Dr. Piever.

Jugendbewegung

Bis auf den 1. und 2. Zug haben alle Züge Ferienurlaub bis 15. August. 1. Zug sammelt Samstag, Wehramt, 6 Uhr abends, 2. Zug 5 Uhr, Spielplatz an der Pinakothek, Barerstraße. Übernahme des 2. Zuges durch einen neuen Führer. Samstag, abends 6 Uhr, beginnen die Besprechungen mit unseren Kameraden aus den deutschen Gebieten, die unter den Geißeln der Bedrücker zu leben haben. Nähere Auskunft in der Zentrale.

Deutsche Reichsführer haben sich nach Eintreffen der Zentrale sofort zu zeigen, Auskunft über die Besprechung mit den Reichsdeutschen. Samstag erscheint die zweite Nummer des Jungsturm. Desgleichen eine Sonderausgabe mit den Zielen der Bewegung.

An ehemalige Kavalleristen

deutschvölkischer Gesinnung

finden sich Donnerstag, den 19. und 26. Juli, abends 8 Uhr, im „Wurzer Hof", Wurzerstraße, zur Gründung eines Reitervereins ein.

Zweck: Pflege der Kameradschaft, Förderung und Pflege des alten Reitergeistes, Hochhaltung unserer Tradition.

Ausweis mitbringen. Anmeldungen nimmt auch die Partei entgegen.

Siegfried,
Führer des Kavalleriezuges.

Mitteilung an auswärtige Ortsgruppen

Der N.S.D.A.P. ist die Gruppe „Nationalsozialistischer Bühnenkünstler" angegliedert.

Die aus namhaften Bühnenkünstlern zusammengesetzte Gruppe stellt auf Antrag Kräfte für Festlichkeiten innerhalb der N.S.D.A.P. bzw. für deren Ortsgruppen ab.

Anträge sind zu stellen: An die Gruppe Bühne und Film in der N.S.D.A.P., München, Schellingstraße 39 I, Sprechstunde Wochentags von 11 bis 12 Uhr, Rufnummer 27460 und 23485.

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Fahnenweihe in Neustadt an der Aisch. Die Ortsgruppe der N.S.D.A.P. Neustadt a. d. Aisch (Bahnstrecke Nürnberg—Würzburg) hält am 4. und 5. August eine deutschvölkische Tagung in Neustadt, verbunden mit Fahnenweihe, ab. Neben anderen Rednern hat unser Führer Ad. Hitler unwiderruflich zugesagt. Wir erwarten, daß sämtliche Pg. und Kameraden der n. Verbände an dieser Tagung teilnehmen. Genaues Programm wird noch in den völkischen Zeitungen bekanntgegeben.

Tegernsee. Am Donnerstag, den 5. Juli, sprach Pg. Gottfried Feder im herzoglichen Sommerkeller des Tegernseer Schlosses in öffentlicher Volksversammlung vor einer großen und sehr aufmerksamen Zuhörerschaft über „Leihkapitalismus, Marxismus als Totengräber Deutschlands". Der Vortragende legte zuerst die Grundlagen jedes privaten Finanzwesens und jedes staatlichen Finanz- und Steuerwesens klar, brachte auf diese Weise die an sich schwierigen Fragen dem Verständnis eines Jeden nahe und entwickelte nun in zahlenmäßiger und in logisch-zwingender Weise die Anforderungen, die — fern von Marxismus und fern jeder an sich nachgewiesenen völlig unmöglichen Erfüllungspolitik — die nationalsozialistische völkische Freiheitsbewegung programmatisch zur Freiheit des Vaterlandes fordert und fordern muß. Die positiven Erkenntnisse und Folgerungen des Redners, der in genialer Weise den Ausweg aus dem Finanzchaos und aus der Zinsknechtschaft gefunden hat, wurde den Hörern so klar und so überzeugend vermittelt, daß nach Schluß der Ausführungen von keiner Seite Fragen laut wurden, daß vielmehr allgemein begeisterter Zuruf dem Redner für die genußreichen und erhebenden Stunden dankte.

Briefkasten

F. M. III. Bezugsgebühr für Juli M. 24 000. M. 12 500 sind noch einzusenden. Treudeutschen Gruß.

„Ing. Jos. P. B.": Kc. 22,00 dankend erhalten; damit ist Ihr Konto einschließlich Juli ausgeglichen.

Treudeutschen Gruß!

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Bayerische Handelskammer gegen Devisenzentralisierung

In Anwesenheit des Handelsministers nahmen die Vertreter der bayerischen Handelskammern, der Industrie, des Großhandels und der Lebensmittelbranche eine Entschließung an, welche die sofortige Aufhebung der auf die Spitze getriebenen künstlichen Regelung des Devisenverkehrs fordert, da die Einfuhr ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel infolge der Devisennot immer unmöglicher wird.

Während sich die bayerischen Wirtschaftskreise in der Erkenntnis der für ganz Deutschland in Frage stehenden Belange bisher mit größter Zurückhaltung und Einmütigkeit hinter die Devisenpolitik der Reichsregierung und der Reichsbank gestellt haben, haben die durch die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurs vom 26. Juni d. J. eingeleiteten Maßnahmen bereits zu derartigen Schädigungen der Wirtschaftskreise und in der Versorgung der Bevölkerung geführt, daß sich die Handelskammer München schon am 6. d. M. veranlaßt gesehen hat, in persönlicher Vorstellung im Handelsministerium gegen diese Maßnahmen Stellung zu nehmen. Die Handelskammer München hat dabei nachdrücklichst auf die außerordentlich schweren Gefahren hingewiesen, welche die in Berlin zentralisierte Einheitskursfestsetzung und im Zusammenhang damit die künstliche Kurssenkung und die Rationierung der ausländischen Zahlungsmittel für Wirtschaft und Bevölkerung zur Folge haben. Auf Grund der Vorstellungen der Handelskammer München hat sich sodann das bayerische Handelsministerium, das diesen Vorstellungen das größte Verständnis entgegenbrachte, in der Angelegenheit sofort auf telegraphischem Wege zwecks Abhilfe nach Berlin gewandt. Nachdem aber inzwischen gleichwohl von Berlin aus eine Aufhebung der gekennzeichneten bedenklichen Maßnahmen nicht erfolgt ist, hat sich die Handelskammer München als Vorort des bayerischen Handelskammertages nunmehr neuerdings im Benehmen und auf Anregung der bayerischen Handelskammern und im besonderen der Handelskammer Augsburg sowie auf Grund von Vorstellungen verschiedener Spitzenverbände in Handel und Industrie und auf Grund zahlreicher Zuschriften aus den Kreisen von am Import von Rohstoffen und Lebens- und Futtermitteln interessierten Handel- und Gewerbetreibenden veranlaßt gesehen, im Interesse der Betreffenden und im Interesse der aufs Äußerste gefährdeten Versorgung des inländischen Bedarfes eine weitere vordringliche Besprechung in dieser Angelegenheit in die Wege zu leiten. Diese Besprechung fand am 11. Juli 1923 unter dem persönlichen Vorsitz des Handelsministers Herrn von Meinel und in Anwesenheit von Vertretern des bayerischen Handelskammertages, der Handelskammern München und Augsburg, des Bayer. Industriellenverbandes, des Zentralverbandes der Deutschen Großhandelsgruppe Bayern und des Lebensmittelgroßhandels im Handelsministerium statt und führte zu folgendem Ergebnis: Infolge der von der Reichsregierung angeordneten Einheitskursfestsetzung müssen Handel und Industrie zum größten Schaden der Wirtschaft den Einkauf in ausländischen Rohstoffen und Lebens- und Futtermitteln sowie den Verkauf dieser Waren und die Produktion sperren, obwohl Auslandsprodukte dringend benötigt werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln befindet sich in größter Gefahr, und dies, obgleich ausländische Lebensmittel vielfach weit billiger greifbar wären als inländische. Die gegenwärtige künstliche Regelung des Devisenverkehrs verhindert aber die Beschaffung der erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel, und hat des weiteren schwerste Auswüchse dadurch zur Folge, daß vielfach die ausländischen Zahlungsmittel auf Schleichhandelswegen und durch Schieberbörsen, wie sie in Mainz, Köln und in anderen Großstädten bestehen sollen, beschafft werden.

In besonderem Maße wird aber das bayerische Wirtschaftsleben durch die Zentralisierung der Devisennotierung in Berlin geschädigt, da diese Kreise erst viel später Kenntnis von der Devisenzuteilung erhalten, als dies bei den dortigen Wirtschaftskreisen der Fall ist. Im Zusammenhang damit ist die Konkurrenzfähigkeit der bayerischen Wirtschaftskreise aufs schwerste bedroht. Die bayerischen Handelskammern, der Bayer. Industriellenverband, der Zentralverband des deutschen Großhandels (Gruppe Bayern) fordern deshalb nachdrücklichst die sofortige Aufhebung der Einheitskursfestsetzung und der auf die Spitze getriebenen künstlichen Regelung des Devisenverkehrs. — Das bayerische Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe, das gebeten wurde, vorstehenden Protest dem Reichswirtschaftsministerium auf telegraphischem Wege zur Kenntnis zu bringen, hat den beteiligten Kreisen weitestgehende Unterstützung zugesagt.

Die ungarische Handelsbilanz

In der Nationalversammlung erklärte Handelsminister Walko: In den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 beträgt die Passivität der Handelsbilanz bei einer Einfuhr im Betrage von 210 Millionen Goldkronen 60 Millionen Goldkronen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß die landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt eine 40—50 prozentige, die eingeführten Textilwaren aber eine 100prozentige und Kohle eine 80 prozentige Verteuerung gegenüber den Friedenspreisen aufweisen. Infolge der günstigen Ernte und der bedeutenden Entwicklung der heimischen Industrie, zumal der Textilwarenindustrie, ist in der zweiten Jahreshälfte eine günstige Gestaltung der Handelsbilanz zu erwarten. Die Leistungsfähigkeit der Textilindustrie verdoppelte sich in den letzten drei Jahren und versiebenfachte sich in der Schafwolle verarbeitenden Industrie; sogar die Kohlenförderung betrug im ersten Halbjahr vier Millionen Tonnen, die größte Leistung, die auf dem heutigen Gebiete Ungarns je erreicht wurde. Infolge der günstigeren Gestaltung der Ein- und Ausfuhr ist auch eine Besserung der Devisenlage zu erwarten, wozu auch eine Reihe von Maßnahmen des Finanzministers beitragen werden. Ungarn befindet sich zwar nicht in günstiger wirtschaftlicher Lage, eine weitere Verschlechterung läßt sich jedoch verhindern. Das gegenüber den Staaten Mitteleuropas allgemein bestehende Mißtrauen ist wegen der Reparationsfrage Ungarn gegenüber in noch größerem Maße vorhanden. Da in der Reparationsfrage an Stelle von Objektivität politische Gesichtspunkte maßgebend sind, so ist eine Milderung dieses Mißtrauens nicht zu erwarten. Aus innerpolitischen Gründen ist das Mißtrauen vollkommen ungerechtfertigt, auch auf wirtschaftlichem Gebiete trachtet Ungarn danach, günstigere Verhältnisse zu schaffen.

Handelsumsatz der russischen Konsumgesellschaften

Aus Moskau meldet „Zentrosojus" (Zentralverband der russischen Konsumgesellschaften): Im ersten Vierteljahr ist der Handelsumsatz des Zentrosojus bedeutend gewachsen und erreichte in diesen drei Monaten 23 875 000 Goldrubel, was gegenüber dem letzten Jahresviertel 1922 eine Erhöhung um 26 Prozent bedeutet. Die Verteilung des Umsatzes auf einzelne Operationsgruppen ist derart, daß auf die Gruppe Gebrauchsartikel 68,5 Prozent des Gesamtumsatzes, auf die Gruppe Nahrungsmittel 10,2 entfallen, was auf das Jahresviertel 1922 eine Erhöhung um 26 Prozent bedeutet. Unter den Warengruppen, deren Umsatz eine Steigerung aufweist, nimmt die Textil-, Galanteriewaren- und Schuhwarenabteilung den ersten Platz ein, auf diese Abteilung entfallen 43,9 Prozent aller Verkäufe, 46,7 aller Einkäufe. Insgesamt machen in der Berichtszeit die Einkäufe des Zentrosojus 20,9 Millionen Goldrubel aus, während sie in dem letzten Jahresviertel 1922 auf 15,8 Millionen Goldrubel sich beliefen.

Die Liste der durch den Zentrosojus ausgeführten Waren erfuhr eine Erweiterung. Zu den früheren Ausfuhrartikeln kamen noch hinzu: Ölkuchen, Hafer, Senföl und Hausindustrieartikel. Es werden Vorbereitungen für die Ausfuhr von Butter und Eiern getroffen. Der Exportplan für 1923/24 sieht die Bereitstellung von Rohstoffen und Pelzwaren für 40 Millionen Goldrubel vor.

Russische Getreideausfuhr

Einer Blättermeldung zufolge ist heute das deutsch-russische Getreideabkommen unterzeichnet worden. Es enthält die Vereinbarung, daß Rußland sofort mit den Getreidelieferungen für Deutschland beginnt. Die russische Regierung wird hierfür die Bestände alter Ernte in Anspruch nehmen.

Herrn Bosels neue „Sache"

Die Unionbank in Wien hat einen größeren Posten Aktien der Scheidemandel-A.-G., Berlin, erworben und tritt in das Majoritätssyndikat ein, das aus dem Bankhause Mendelssohn, der Dresdner Bank und der Firma Liebig u. Co. besteht. Der Präsident der Unionbank, Bosel, tritt in den Aufsichtsrat von Scheidemandel ein, und die Unionbank wird auch in allen Tochtergesellschaften vertreten sein. Sie wird ferner mit ihrer Quote an allen Finanztransaktionen und insbesondere auch an der Kreditgewährung teilnehmen. Es ist in Aussicht genommen, daß die Unionbank die Aktien der chemischen Tochtergesellschaft von Scheidemandel, insbesondere der A.-G. für chemische Industrie und der Hattinger A.-G., an der Wiener Börse einführt.

Man muß sagen, ein „konsequenter Vertreter des modernen revolutionären Kapitalismus" . . .

Wirtschaftsrundschau

Die Zuckerfabrikation

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die statistische Übersicht über den Betrieb der Zuckerfabriken des deutschen Zollgebietes im Mai 1923 und für die Zeit vom 1. September 1922 bis 31. Mai 1923. In der Zusammenfassung wird die Gesamtherstellung für die Zeit vom 1. September 1922 bis 31. Mai 1923 in Rohzucker auf 14 338 753 Doppelzentner berechnet, gegenüber 1. September 1922 bis 31 Mai 1922 auf 12 789 565 Doppelzentner.

Preisbewegung

München. Nach dem Mittwochbericht der Produktenbörse wurden von den Mühlen nachstehende Mehlpreise pro 100 Kilogramm übermittelt: Bayerische Weizenmehle 70% 1 838 000 M., Roggenmehl 80% 1 442 000 M., Weizenbrotmehl Nr. 4 1 213 000 M., Weizenfuttermehl Nr. 6 618 000 M. Brutto ohne Sack frei Haus München. Sämtliche Preise gelten nur als Richtpreise. Mittel- und norddeutsche Weizenmehle sind ohne festes Angebot. Als Richtpreise frachtfrei München werden je nach Qualität 1 860 000 bis 2 170 000 M. genannt.

Berlin. Mit Wirkung vom 23. Juli wird der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Markenbrotversorgung gelieferte Getreide von 800 000 M. für die Tonne auf im Durchschnitt 2,4 Millionen Mark erhöht werden. Die Erhöhung war erforderlich wegen der sich durch die Markentwertung immer mehr steigenden Verluste der Reichsgetreidestelle, die auch mit der neuen Maßnahme noch bei weitem keine volle Deckung finden. Die Heraufsetzung des Abgabepreises wird auch eine Steigerung der Brotpreise naturgemäß zur Folge haben, die man etwa auf durchschnittlich das Doppelte des bisherigen annehmen kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wegen des Verfalls der Mark und weil im Brotpreis der Getreidepreis nur etwa ⅓ ausmacht, seit 4. Juni, dem Tag der letzten Erhöhung der Abgabepreise, die Erhöhungen der Markenbrotpreise durch die Kommunalverbände fast wöchentlich, zum Beispiel in Berlin viermal, erfolgt sind. Auch nach der am 23. Juli bevorstehenden Erhöhung wird das Markenbrot noch nicht den dritten Teil kosten von dem, was bereits heute für die gleiche Menge markenfreien Brotes aufzuwenden ist.

Berlin. Die Benzolverband-G. m. b. H. Bochum setzte mit Wirkung vom 12. Juli den Kleinverkaufspreis für ger. d. v. Motorenbenzol auf 20 000 M. für 1 Kilogramm ab Hauptverkaufsstelle fest.

*

Ab 9. Juli gelten folgende Brennstoffverkaufspreise je Tonne einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer: Fettkohlen: Förderkohlen 835 000 M., bestmelierte Kohle 899 000 M., Stückkohle 1 103 000 M., Nußkohle I, II und III 1 229 000 M., Nußkohle IV 1 087 000 Mark, Nußkohle V 1 047 000 M., Kokskohle 851 000 M.; Koks: Großkoks I 1 221 000 M., Großkoks II 1 213 000 M., Großkoks III 1 204 000 M. Gießereikoks 1 271 000 M., Brechkoks I und II 1 464 000 M.

Die Kohlen-Verkaufspreise für das rechtsrheinische Bayern stellen sich ab 9. Juli in Mark je Tonne einschl. Händlerrabatt, soziale Zuschläge und Kohlensteuer wie folgt:

Oberb. Pechkohlen: Stücke, Grob, Brocken, Würfel, Nuß I 848 000, Nuß II 769 000, Waschgrieß 681 000, Rohgrieß 584 000, Abfallkohle 525 000 Mark.

Oberfränkisch: Steinkohlen (Stockheim, König Ludwig, Reitsch und Erbendorf): Schmiedekohle, Gaskohlen Fördersteinkohlen 701 000 M.

Braunkohlen, Gewerkschaft Gustav; Sort. Förderkohle 180 000, Briketts 516 000 Brikettspähne 343 000 M.; Schwandorf: Förderkohle, sort. Förderkohle 142 000, Briketts 437 000, Brikettspähne 307 000, Marteich'sche 165 000; Schmiedgaden-Schwarzenfeld: Förderkohle sort. Förderkohle 173 000, Briketts 518 000; Großweil, Passau und Bonholz: Würfel- und Nußkohle 178 000, Grieß 153 600 M.

Warenmarkt

Nürnberg. (Nürnberger Hopfenbericht.) Trotz des warmen sonnigen Wetters ist der Erfolg, den man von dem Witterungsumschlag für das Gedeihen der Hopfenpflanzen erwartete, ausgeblieben. Von der lange Wochen währenden Kälte und nassen Wetters geschwächt, vermögen die Pflanzen vielfach der jetzigen Hitze nicht mehr genügend Widerstand zu leisten. Die Blätter zeigen vielfach Honigtau und werden gelb. Reinigende Niederschläge wären sehr erwünscht. Die Nachfrage am hiesigen Markt hält an, und wenn trotzdem nur 80 Ballen seit 5. Juli als verkauft gemeldet werden können, so liegt das in erster Linie an den außergewöhnlich kleinen Lagerbeständen und dem damit zusammenhän-